

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Jenseits von
»mitgemeint«
Stefanie Vasold

Die geteilte Hegemonie in
der EU-Wirtschaftspolitik
Wolfgang Edelmüller

Otto Neurath –
ein skeptischer Utopist
Armin Puller

Die Rolle der Geldpolitik
in der Krise
Irene Mozart

WIEN.blicke
MUSA

EINLADUNG ZUR BUCHPRÄSENTATION

Die Edition Steinbauer und die Landesverteidigungsakademie Wien laden herzlich zur Präsentation des Buches von

Elisabeth Buxbaum
Des Kaisers Literaten
Kriegspropaganda zwischen 1914 und 1918



Begrüßung: Leiter Führungsabteilung/LVAk Oberst Thomas Rapatz, MSD,
Verleger Heribert Steinbauer

Die Autorin präsentiert das Buch und ein künstlerisches Programm mit:

Martin Haidinger
Robert Kolar
Roman Sadnik
Georg Wacks
Christina Renghofer am Klavier

ZEIT: Mittwoch, 24. September 2014, 17.00 Uhr

ORT: Landesverteidigungsakademie, Sala Terrena
1070 Wien, Stiftgasse 2a

Aus Sicherheitsgründen (Zutritt zur militärischen Liegenschaft) wird gebeten, diese Einladung beim Sicherheitsdienst am Eingang vorzuweisen.

Anmeldung erforderlich (bis 19. September 2014):

Tel: 05020110 28113 oder E-Mail: lvak.hk@bmlvs.gv.at



EDITORIAL

Nicht nur meteorologisch, auch politisch endete der Sommer 2014 frühzeitig. Der Tod von Barbara Prammer hat, trotz des Wissens um ihre schwere Krankheit, viele inner- und außerhalb der SPÖ überrascht und sehr berührt. Die durch ihr Ableben notwendig gewordenen Personalentscheidungen führten zunächst zu einer eher künstlichen Mediendebatte, bevor sie die Parteispitze ohne Notwendigkeit zu einem gravierenden politischen Fehltritt gemacht hat. Welche Folgen die Missachtung der Frauenquote zur Verhinderung Sonja Ablingers haben wird, ist noch nicht absehbar, auch wenn Michael Spindelegger mit seinem zeitlich unmittelbar folgendem Rücktritt noch ein letztes Mal dazu beigetragen hat, Schaden von der SPÖ abzuwenden. Ob die massive Stärkung des Wirtschaftsbunds in der Regierung und Reinhold Mitterlehner an der ÖVP-Spitze das Regieren tatsächlich »einfacher« machen werden, bleibt abzuwarten. Es ist immerhin der nunmehr dritte Neustart dieser Großen Koalition in sechs Jahren, was auf strukturelle Schwierigkeiten dieser Regierungsform zumindest hindeutet. Feststehen dürfte, dass vom neuen ÖVP-Obmann strategisch und kommunikativ wesentlich mehr zu erwarten ist als von seinem Vorgänger. Umso weniger kann sich die SPÖ auf die bisher gewohnte Schwäche ihres Regierungspartners »verlassen« und muss intensiv inhaltliche und strategische Fragen der politischen Orientierung angehen.

An der Spitze dieser Ausgabe steht der Beitrag von **Stefanie Vasold**, die sich ausführlich mit dem »**antifeministischen Sommermärchen**« der Binnen-I- und Hymnendebatte beschäftigt.

Auch in diesem Heft streichen mehrere AutorInnen die nicht zu überschätzende Bedeutung der wirtschaftspolitischen Orientierung in Europa für die Lebensverhältnisse, auch in Österreich, hervor. Den Anfang macht **Wolfgang Edelmüller**, der von Europas Sozialdemokratie inhaltliche Durchsetzungskraft einfordert: Die aus der orthodoxen neoliberalen Strategie ausgebrochene Geldpolitik könne, ohne fiskalpolitische Abkehr von der Austeritätspolitik, die Krise nicht stoppen.

Unter einem anderen Aspekt beleuchten **Josef Falkinger** und **Johannes Chalupa** das europäische Finanzsystem: Sie orten in den notwendig gewordenen Haftungs- und Liquiditätsmaßnahmen der nationalen und europäischen Institutionen den Beweis für eine sinnvollerweise durchzuführende **Sozialisierung der Banken** und machen dafür, bei **Joseph Schumpeter** Anleihen nehmende, Vorschläge.

Ludwig Dvořák hat für die ZUKUNFT die **Regierungs-umbildung in Frankreich** beobachtet und analysiert die dahinterstehenden **politischen Konflikte innerhalb der Parti Socialiste**. Setzt sich der unternehmerfreundliche Kurs von Premierminister Valls dauerhaft durch, so wäre dies für eine Abkehr vom europäischen Austeritätskurs ein schwerer Rückschlag.

Jennifer Sommer hat mit **Regina Jankowitsch** über ihr neues **Buch »Tretet zurück«** gesprochen, in dem sie über Österreichs fehlende Rücktrittskultur und das Format, das man durch die Wahl des richtigen Zeitpunkt eines Rücktritts gewinnen kann, schreibt. Das Gespräch wurde noch vor dem Rücktritt von ÖVP-Vizekanzler Spindelegger geführt.

Amin Puller würdigt die von **Günther Sandner** brillant verfasste **Biographie Otto Neuraths**.

Thomas Riegler setzt sich, ausgehend von Emil Bobis Buch »Die Schattenstadt«, mit der Frage auseinander, was **Wien** zur **Hauptstadt der Spione** macht.

Nach den Buchtipps befasst sich **Irene Mozart** noch einmal mit der (zu langsamen) stimulierenden Reaktion der **EZB** auf die **Konjunkturabschwächung** und argumentiert für **fiskalpolitische Maßnahmen**.

Wir wünschen spannende Lektüre!

Inhalt



WIEN.BLICHE, Reinhard Mandl - MUSA
22., UNO-City und DC1-Tower | U1-Station VIC, 2014

- 6 Jenseits von »mitgemeint«**
VON STEFANIE VASOLD
- 12 Die geteilte Hegemonie
in der EU-Wirtschaftspolitik**
VON WOLFGANG EDELMÜLLER
- 18 Warum die Banken
vergesellschaftet werden sollten**
VON JOSEF FALKINGER UND JOHANNES CHALUPA
- 26 Kohärent im Sturzflug**
VON LUDWIG DVOŘÁK
- 32 Tretet zurück!**
INTERVIEW MIT REGINA JANKOWITSCH
- 36 Otto Neurath – ein skeptischer Utopist**
VON ARMIN PULLER
- 42 Leichtes Spiel für »Dritte Männer«**
VON THOMAS RIEGLER
- 48 Buchtipps**
Sachliches & Belletristisches
- 50 Die Rolle der Geldpolitik in der Krise**
SCHLUSSWORT VON IRENE MOZART

Jenseits von »mitgemeint«

Stefanie Vasold beschäftigt sich mit der Frage, warum bei einem von vielen als »gegessen« erachteten Thema wie dem Binnen-I der »Volkszorn« in dieser Intensität aufflammt und geht auch darauf ein, welche Argumente dabei eine Rolle spielen. Im Umgang mit diesem »antifeministisches Sommermärchen« sieht sie die Notwendigkeit, offensivere Gleichstellungspolitik zu betreiben und den Kampf um »symbolische« Fragen in enger Verbindung mit Fragen konkreter Lebensverhältnisse zu führen. Die eigene Frauenquote zu ignorieren, um unbequeme Frauen auszubremsen, sei für die Glaubwürdigkeit der SPÖ dabei nicht hilfreich.

Mehr als drei Jahrzehnte sind vergangen, als die Debatte um sexistische Sprache zuerst in frauenaktivistischen Kreisen, dann in universitären Zusammenhängen begann. Die meisten Empfehlungen zum geschlechtergerechten Sprachgebrauch sind noch aus Zeiten vor dem Internet. Die Diskussion, als Waltraud Klasnic partout nicht Landeshauptfrau heißen wollte, fand Mitte der 1990er-Jahre statt. Schulbücher wurden in den folgenden Jahren sukzessive überarbeitet, öffentliche Einrichtungen verwenden weitgehend ausgewogene oder neutrale Formulierungen, das Binnen-I hat sich auch in der Aussprache mittlerweile einen Weg gebahnt, der von immer mehr Menschen gegangen bzw. zumindest in der Bedeutung verstanden wird. Schon vor 15 Jahren stellt Elke Heise in einem Fachjournal fest, dass »die Kontroverse um den »generischen« Gebrauch des Maskulinums doch bereits zu merklichen Veränderungen im Sprachgebrauch geführt« hat (Heise, 2000).

Insgesamt konnte eher der Eindruck gewonnen werden, geschlechtergerechte Sprech- und Schreibweise setzt sich, großteils unaufgeregt – wenn auch manchmal widerwillig –, nach und nach durch.

Sprachliche Vielfalt und ein vielschichtiges Neben- und Miteinander unterschiedlicher Sprachen und Sprachsystemen, Abkürzungen, Zeichensystemen sind für die meisten Menschen Alltagsrealität. Je nach Zusammenhang, Gegenüber und eigenem Ausdrucksbedürfnis verwenden alle Menschen verschiedene Sprachen und Ausdrucksformen. Mit Erweiterung

der technischen Mittel steigt die Pluralität und Uneinheitlichkeit der Verwendung.

SPRACHE UND DISKRIMINIERUNG

Ausgangspunkt und Grundlage der Auseinandersetzung ist die Frage nach diskriminierendem Sprachgebrauch und -strukturen und die Annahme, dass die Art und Weise, wie etwas dargestellt und über etwas gesprochen wird, oder eben auch nicht wird, auf dahinter liegende Weltbilder, verinnerlichte Rollenvorstellungen, ungeschriebene Normen und Wertvorstellungen verweist und wirkt. Diese werden von der gesellschaftlichen Mehrheit als selbstverständlich angesehen und durch ihre ständige Wiederholung verfestigt (Pates u.a. 2010).

Der Sprachwissenschaftler Anatol Stefanowitsch bringt es auf den Punkt, wenn er meint: »Sprache »kann« nicht nur diskriminieren, Sprache diskriminiert. Und wir diskriminieren durch Sprache, jedes Mal, wenn wir den Mund aufmachen.« (2011b)

Sprache ist also nicht nur Abbild der Realität, sondern prägt diese auch. Wetschanow und Wiesinger (2004) bezeichnen das Verhältnis von Sexismus zu Sprache als ein dialektisches: »Sexismus wird über diskursive Sexismen reproduziert, diskursive Sexismen produzieren aber auch immer wieder Sexismen.« Das heißt einerseits dient Sprache zur Legitimierung und Aufrechterhaltung bestehender Diskriminierungen, andererseits kann sprachliche Ebene auch Sexismen herstellen. Sprache kann in diesem Sinne sowohl als Ordnungselement

als auch als spezifisches Mittel verstanden werden – mit dem sexistische Strukturen und Vorstellungen produziert und reproduziert werden

AKTUELLE_DEBATTEN*

Die Diskussionen in der feministischen Linken verlaufen mittlerweile weit entfernt vom Binnen-I. Basierend auf einem konstruktivistischen Zugang drehen sich die Fragen mehr um den »Gender-Gap«_Unterstriches oder der Sternchen*Schreibweise. Beide mit einem Anspruch der über das Sichtbarmachen von Männern und Frauen hinausgeht, und statt dessen gedanklich und sprachlich dichotome Geschlechterstrukturen und -kategorien aufbrechen will. In den Blick genommen werden intersektionale Verwobenheit von Diskriminierung, nämlich »(...) dass diese verschiedenen Unterdrückungsverhältnisse interdependent miteinander funktionieren. Sie bedingen und verstärken sich gegenseitig, sind ineinander verwoben.« (Nduka-Agwu/Hornscheidt, 2010: 19)

Man könnte meinen: ein buntes Treiben in der sprachlichen Entwicklung und erste institutionalisierte Erfolge der feministischen Bemühungen im letzten Jahrhundert. Ein gegessenes Thema, das sich kontinuierlich weiter entwickelt, weil immer mehr Menschen sich dessen bewusst bedienen und immer mehr Kinder bereits in der Schule mit geschlechtergerechtem Sprachgebrauch konfrontiert sind, immer mehr öffentliche Einrichtungen, immer mehr Publikationen sich daran orientieren. Zugegeben, nicht alle. Aber immer mehr.

HYMNE UND BINNEN-I ODER EIN SOMMERLOCH, DAS ÜBERGEHT

Umso befremdlicher war es, als diesen Sommer einigermaßen überraschend eine antifeministische Offensive just an der Sprachfrage entflammt ist.

Zwar waren auch in der Vergangenheit Widerstand gegen den »Genderterror« und »Sprachpolizei« zu vernehmen, aber die Dimension und Aggressivität mit der diese Debatte jetzt aufgebrochen ist, ist bemerkenswert. Losgetreten vom rechts-tümlicheren Schlagertext (»Ich hab das aber in der Schule so gelernt«) ist zuerst an der Hymnen-Frage eine Diskussion entbrannt, die der Frauenministerin auf ein einziges Facebook-Foto 17.000 Kommentare brachte – großteils übelst aggressiv in Hau-Drauf-Mentalität. Sogar eine Morddrohung hat sie erreicht, weil sie für die »Töchter« in der Hymne ist. Martialisch las sich dann auch wenig später der offene Brief in der »Krone«, mit dem im Juli gegen die offizielle Verwen-

dung des Binnen-Is ins Felde gezogen wurde: »Eliminiert« solle das Binnen-I im Schreibgebrauch werden, nur »diktatorischen Regime« würden so gegen den Mehrheitswillen vorgehen. Unkenntlichkeit, Unverständlichkeit und sonstige mäßig überzeugenden Argumenten werden angeführt und unterzeichnet von zahlreichen Menschen – eine illustre Runde aus JuristInnen, Lehrenden, JournalistInnen, Hausfrauen, UniversitätsprofessorInnen; quer durch alle Bereiche sind viele Menschen, Frauen wie Männer, augenscheinlich empört über dieses große I.

WAS IST DRAN?

Die Versuchung ist groß, sich das Eingehen auf die Argumente zu ersparen, die neuerlich hervorgeholt werden, in Ignoranz und Ausblendung nahezu aller sprachphilosophischen und sprachwissenschaftlichen Erkenntnisse und Debatten der letzten Jahrzehnte. Sinn macht es dennoch, sich mit Sprache und Wirkung zu beschäftigen, im Sinne einer Bestärkung für die Weiterentwicklung eines gerechten und antidiskriminierenden Sprachgebrauchs.

»DA SIND FRAUEN EH MITGEMEINT«:

Nein, sind sie nicht.

Es ist nicht so, dass bei einer »generisch« gemeinten Verwendung des Maskulinums spontan oder automatisch die gedankliche Vorstellung von Frauen und Männern erfolgt. Wenn von einem Treffen der »Finanzminister« die Rede ist, ist eine gedankliche Leistung erforderlich um festzustellen, ob dabei Männer und Frauen anwesend waren oder nicht (z.B. Stefanowitsch, 2011a). Erst Recht, weil Frauen in vielen Bereichen ja tatsächlich nach wie vor unterrepräsentiert sind.

Zahlreiche Untersuchungen belegen, dass geschlechtergerechte Sprachformen zu anderen Vorstellungen führen als das generische Maskulinum. Neben der sprachlichen Form gibt es zwar andere Einflussfaktoren, wie Kontext, Alter oder Geschlecht der Versuchspersonen, jedoch ist »der Einfluss der Sprachform auf die Wahrnehmung (...) unüberschätzbar«, wie Kusterle (2011) ihre Untersuchung abschließt.

Wer männliche Formen hört oder liest, denkt auch eher an Männer. So simpel, so naheliegend.

Die sprachliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte verstärkt diesen Effekt mitunter sogar, »(...) denn je mehr sich im aktuellen Sprachgebrauch für die Referenz auf gemischtge-

schlechtliche Gruppen Alternativen zum generischen Maskulinum durchsetzen, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit, dass Maskulina ausschließlich als geschlechtsspezifizierende Formen interpretiert werden« (Heise 2000: 5). Je mehr also differenziert gesprochen und geschrieben wird, desto weniger sind Frauen mitgemeint und desto mehr wird die maskuline Form als eine eben solche verstanden.

»DAS IST ABER HÄSSLICH«

Wie bei Fragen des Kleidungsstils, der Tapetenauswahl oder künstlerischen Gesichtspunkten niemand bestreiten würde, ist Ästhetik wohl vor allem ein subjektives Empfinden, eingebettet in Gewohnheiten und Zusammenhänge. Was heute schön ist, war es in der Mehrheitsmeinung vor 100 Jahren nicht unbedingt. Und ein SMS wird anderen ästhetischen Anforderungen gerecht werden müssen als ein wissenschaftlicher Text, ein Liebesbrief oder ein Gesetzestext. Letzteres ist vermutlich für die wenigsten Menschen ästhetisch ansprechend, mit oder ohne Binnen-I.

»DAS IST ABER UNVERSTÄNDLICH«

Abgesehen davon, dass Worte ohnehin nie ganz eindeutig, sondern immer interpretierbar sind und im Zusammenhang stehen (erst recht das generische Maskulinum s.o.), zeigen Untersuchungen, die sich mit dem Zusammenhang von Verständlichkeit und geschlechtergerechtem Sprachgebrauch beschäftigen (z. B. Braun et al. 2007), dass es keinen Rückschluss auf die tatsächliche Verständlichkeit gibt, sehr wohl aber auf die subjektive Einschätzung der Verständlichkeit. Werden Menschen gebeten, gelesene Inhalte wiederzugeben, können sie das unabhängig von der Sprachform gleich gut. Werden die gleichen Menschen gefragt, wie sie persönlich die Verständlichkeit einschätzen, geben männliche Lesergruppen stärker an, geschlechtergerechten Sprachformen unverständlich zu finden. Geschlechtergerechter Sprachgebrauch führt also nicht zu Unverständlichkeit, aber wird von manchen so empfunden (Stefanowitsch, 2011a).

»DAS IST ABER SOWAS VON UNWICHTIG«:

Paradox, dass dieses Argument beinahe am vehementesten vorgebracht wird, wenn es um gerechten Sprachgebrauch geht, bestätigt doch die Vehemenz eindrucksvoll, dass es so unwichtig nicht sein kann. Sonst wär's ja egal.

Aber es ist nicht egal. Sprache dient als zentrales Mittel eines Systems von sozialen und politischen Deutungen und Bedeutungen, Interpretationen und Bewertungen, Definiti-

onen, Mythen, Repräsentationen, Denkgewohnheiten. (Sauer 2001). Diskriminierende Sprache ist demnach Ausdruck einer Kultur, die männlich strukturiert ist, sich aber als geschlechtsneutral gibt, eine Kultur, die Frauen nach wie vor zum »Anderen« macht. Ganze PR-Abteilungen, unermessliche Werbe-Etats, Wahlkämpfe, deren Botschaften bis ins Kleinste abgetestet werden – der »linguistic turn« ist nicht nur in der Sprachwissenschaft angekommen.

»DAS IST ABER UMSTÄNDLICH«

Nicht alles, was umständlich ist, wird deshalb nicht gemacht. Ganz im Gegenteil ist unser Alltag durchzogen von im Grunde umständlichen Gesten, derer wir uns aus verschiedensten Gründen trotzdem bedienen: »Es ist auch umständlich und überflüssig, die Flagge eines Staatsgastes vor dem Reichtagsgebäude zu hissen, Menschen nett zu grüßen und sich nach ihrem Befinden zu erkundigen oder mit Messer und Gabel zu essen.« (Stefanowitsch, 2011a) Ob vier bis sechs zusätzliche Zeichen tatsächlich sehr umständlich sind, sei einmal dahin gestellt.

WAS WIRKLICH DISKUSSIONSWÜRDIG IST ...

Spannend an der Debatte des vergangenen Sommers sind weniger die inhaltlichen Argumente als vielmehr die Aggressivität und Breite, die die Diskussion erreicht hat und auf wie wenig ernst zu nehmende Gegenwehr sie gestoßen ist. Fast konnte der Eindruck entstehen, das halbe Land kotzt bei der Hymne und muss sich die massive Last der »Gendertyrannie« in irgendwelchen Foren von der Leber schreiben. Sehr häufig mit derbsten, frauenverachtenden Beisätzen bis hin zu offenen Aufrufen zur Gewalt.

Was aber macht so viele Menschen so wütend bei einem schon so lange diskutierten Thema? Einerseits liegt die Aufgebrachtheit wohl auch daran, dass Sprache alle angeht und alle betrifft. Emotional wurden diverse Vorschläge der Rechtsschreibkommission auch diskutiert. Sprache ist unmittelbar und alltäglich und für jeden Menschen relevant.

Andererseits könnte gerade der erfolgte Institutionalisierung, also der Einzug geschlechtergerechter Sprache in immer mehr Bereiche jetzt diese Gegenoffensive mitprovoziert haben. Solange nur gefordert wird, okay, aber wenn es ernst wird, ist's vorbei mit lustig.

Und schließlich, wenn Sprache in Wechselwirkung und Widerspiegelung gesellschaftlicher Konventionen und sozialer Weiterentwicklungen steht, impliziert sprachliche Veränderung letztlich auch eine gesellschaftlich stattfindende. Sprachliche Veränderungen sind Ausdruck veränderter und sich verändernder Verhältnisse und in diesem Sinne vielleicht ein Kristallisationspunkt für ein Unbehagen, das Gleichstellungsbemühungen ganz generell gegenüber steht.

Das bedeutet aber umgekehrt auch, dass sprachliches Bemühen dann zur Farce wird, wenn die zugrundeliegenden Strukturen, Vorstellungen und Mechanismen unangetastet bleiben. Solange Frauen, aber auch andere diskriminierte Gruppen, in ihrer sozialen und materiellen Wirklichkeit keine nachhaltigen Veränderungen spüren, lässt sich auch auf die sprachliche Einbeziehung verzichten. Solange es nicht gelingt, die sozialen Verhältnisse und die Wechselwirkung von materiellen und symbolischen Fragen in diesen Diskurs mit einzu beziehen und in den Mittelpunkt zu stellen, solange bleibt die Frage der sprachlichen Gleichstellung für viele eine nebensächliche. Ein möglicher Mitgrund der mauen Reaktion und wenigen Resonanz, die in diesem Sommer zu spüren war.

Gerade darin liegt aber auch die Chance und Herausforderung, die sich aus dieser Debatte ziehen lässt. Für Gleichstellung streiten, auch auf symbolischer Ebene kompromisslos, vielfältig und gleichzeitig. Aber nicht ohne eine Verbindung zu sozialen Verhältnissen herzustellen und dort anzudocken, wo es um existenzielle Fragen geht. Eine nicht-diskriminierende Sprache, die Frauen berücksichtigt und sichtbar macht, muss letztlich Hand in Hand gehen mit dem Sichtbarwerden und Verbessern weiblicher Lebensrealitäten – von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Lebensrealität über die Lohnschere und Gewalt, von der gläsernen Decke bis zu Kinderbetreuungseinrichtungen. Sonst wird sie nicht erfolgreich sein.

Die emotional hochgeschaukelte Diskussion um Binnen-I und der »Heimat großer Töchter« zeigt also im Grunde nur auf, wie viele Themenfelder im Bereich der Gleichstellung dringend offensiv-mobilisierender, statt technokratisch-defensiver Ansätze bedürfen.

Sich als SPÖ stattdessen damit zu beschäftigen, zu erklären, warum die eigene Frauenquote nicht eingehalten werden muss, um möglichen Debatten mit einer diskussionslustigen weiblichen Abgeordneten aus dem Weg zu gehen, weist da

nicht unbedingt in die richtige Richtung. Symbolische Siege schauen anders aus.



STEFANIE VASOLD

ist Politikwissenschaftlerin und Vorsitzende
des Bezirksfrauenvorstands der SPÖ Josefstadt.

LITERATUR:

Braun, Friederike u. a. (2007): »Aus Gründen der Verständlichkeit...«: Der Einfluss generisch maskuliner und alternativer Personenbezeichnungen auf die kognitive Verarbeitung von Texten. *Psychologische Rundschau*, 58 (3), S. 183-189 | **Grabruker, Marianne (o.A.)**: Gesellschaft und Sprachverhalten <http://www.gleichsatz.de/b-u-t/begin/grab.html> (13.9.2014) | **Heise, Elke** (2000): »Sind Frauen mitgemeint? Eine empirische Untersuchung zum Verständnis des generischen Maskulinums und seiner Alternativen«, in: *Sprache & Kognition*, 19, S. 2-13 | **Kusterle, Karin** (2011): Die Macht von Sprachformen. Der Zusammenhang von Sprache, Enken und Genderwahrnehmung | **Nduka-Agwu, Abibeli/Hornscheidt, Antje Lann** (2010): Rassismus auf gut Deutsch. Ein kritisches Nachschlagewerk zu rassistischen Sprachhandlungen | **Sauer, Birgit** (2001): Die Asche des Souveräns | **Stefanowitsch, Anatol** (2011a): Frauen natürlich ausgenommen <http://www.scilogs.de/sprachlog/frauen-natuerlich-ausgenommen/> (13.9.2014) | **Stefanowitsch, Anatol** (2011b): Sprache diskriminiert | <http://www.scilogs.de/sprachlog/sprache-diskriminiert/> (13.9.2014) | **Stefanowitsch, Anatol** (2014): Sprachpolizei. <http://www.youtube.com/watch?v=HTdw2OdiCSA> (13.9.2014) | **Wetschanow, Karin/Wiesinger, Claudia** (2004): »Sexismen in der Sprache« in: Salmhofer, Gudrun: »Sexismus. Übergriffe im Alltag«, S. 21–34

WIEN.blicke

MUSA

Sieben Jahre lang wanderte Reinhard Mandl auf fotografischer Erkundungstour durch Wien. 180 Fototage und 18 000 Fotoaufnahmen später präsentiert er im MUSA Momentaufnahmen, die für ihn dem vielfältigen Charakter der Stadt am ehesten gerecht werden. Wohlvertraute Sehenswürdigkeiten stehen nicht im Vordergrund, es sind die kleinen Dinge des Alltags und ihre wenig wahrgenommen Veränderungen, die Reinhard Mandl interessieren. „Wer keine Einzelheiten sehen kann, erfährt wenig über das Wesen der Stadt“, so Mandl.

Lebendige Städte verändern sich kontinuierlich. Viele kleine Eingriffe verwandeln unser Stadtbild Tag für Tag. Reinhard Mandl transformiert solch flüchtige Momente des Wiener Großstadtlebens zu bleibenden fotografischen Erinnerungen. Der Fotograf erschließt sich die Stadt mittels alphabetisch nach Straßennamen gewählten, gut nachvollziehbaren Routen, buchstäblich von A bis Z.

MUSA Museum Startgalerie Artothek
Felderstrasse 6–8, 1010 Wien
(neben dem Rathaus)
Bis 4. Oktober 2014
www.musa.at





Die geteilte Hegemonie in der EU-Wirtschaftspolitik

Von Europas Sozialdemokratie fordert Wolfgang Edel Müller inhaltliche Durchsetzungskraft ein: Die aus der orthodoxen neoliberalen Strategie ausgebrochene Geldpolitik könne, ohne fiskalpolitische Abkehr von der Austeritätspolitik, die Krise nicht stoppen.

Die positiven Resultate der Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014 fanden in den internationalen Medien wenig Beachtung. Die Progressive Allianz der Sozialisten und Demokraten (S&D) hat gegenüber den mandatsstärksten Konservativen der Europäische Volkspartei (EVP) einen knappen Stimmenvorsprung erzielt, bloß die uneinheitliche Europawahlarithmetik verhindert eine Umsetzung dieses Ergebnisses in eine relative Mandatsmehrheit.

Das Mitte-Links-Parteienspektrum im Europäischen Parlament, bestehend aus Liberalen, Grünen, Sozialdemokraten und Linken, verfügt dennoch über ein deutlich höheres Mandatsgewicht (maximal 360 Mandate von 751) als das allianzfähige Spektrum der Konservativen und Rechten (maximal 291 Mandate von 751). Bloß die S&D-Mehrheitsfraktion im Mitte-Links-Sektor (191 Mandate von 360) müsste bereit und im Stande sein, ein »linksliberales« parlamentarische Mehrheitsbündnis zu initiieren, um Agenda und Besetzung der neuen Kommission jenseits des ratskonformen Bestellungenhandels für den Kommissionspräsidenten zu Gunsten einer fortschrittlichen Positionsänderung in der EU-Wirtschafts- und Sozialpolitik zu beeinflussen.

Auf der EU-Mitgliederebene hat der italienische Partito Democratico (PD) mit dem Schwung des neuen Ministerpräsidenten Matteo Renzi eine überzeugende Landesmehrheit von deutlich über 40 Prozent der WählerInnenstimmen erreicht, die eine solide Basis für eine veränderte Themensetzung während der Ratspräsidentschaft Italiens in der zweiten Jahreshälfte 2014 darstellen könnte. Angesichts des Versagens der französischen SozialistInnen erhält der austeritätspolitisch in Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit gezwungene Süden Europas mit dem PD und seinem regierungsführenden Vorsitzenden eine neue und gewichtige Stimme in der EU. Dazu kommt, dass der Spitzenkandidat der Linken im Eu-

ropäischen Parlament, Alexis Tsipras, für seine griechische Linksallianz Syriza-EKM gegen die ratsfromme Regierungskoalition der Herren Samaras und Konsorten die Landesmehrheit gewinnen konnte, worauf neben anderen Wahlerfolgen die Stärkung der Linksfraktion im Europäischen Parlament (52 Mandate, davon 6 neue aus Griechenland) zurückzuführen ist. Auch die Wahlergebnisse in den Krisenstaaten Spanien und Portugal zeigen trotz einer starken Zersplitterung der linken Parteienlandschaft einen Aufschwung der der gegenüber dem wirtschaftspolitischen Kurs der EU kritischen Opposition, der primär der europaparlamentarischen Linken zu Gute kommt.

Gegen diese erfreulichen Teilergebnisse stehen die Stimmen- und Mandatszuwächse der populistischen und faschistischen Rechten, deren Einfluss auf parlamentarischer Ebene wegen der fraktionellen Differenzen zwar beschränkt bleiben wird, die aber in den betroffenen Mitgliedsländern tiefe Spuren hinterlassen haben. Darüber hinaus ergeben sich vor allem für Frankreich durch den Sieg des rechtsextremen Front National und für Großbritannien durch den Sieg der rechtspopulistischen UKIP unmittelbare Verschiebungen im politischen »Kräfteparallelogramm« der Europäischen Union.

EIN SOZIALDEMOKRATISCHES SYNDROM DER EUROPÄISCHEN LINKEN?

Fatal ist das Versagen der französischen SozialistInnen, denen es notorisch nicht gelingt, ihre linke Programmatik in der politischen Realität so weit zu verankern, dass für die breite Masse der WählerInnen spürbar positive Veränderungen ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage erzielt werden könnten. Dieses Dilemma endet regelmäßig in einer politischen Kehrtwendung und nachfolgenden Anbiederung an den neoliberalen Mainstream der Wirtschaftspolitik, der in der EU seit langem dominiert. Exakt dieses Szenario wurde unmittelbar vor der Wahl zum Europäischen Parlament mit einer Regierungsumbildung samt lautstark verkündeter Kurskorrektur

herbeigeführt, die sozialistischen KernwählerInnen haben an den Wahlurnen dem Vertrauensbruch eine demonstrative Abfuhr erteilt, die extreme Rechte hat davon massiv profitiert. Dieses Verhalten der französischen SozialistInnen könnte man beinahe als das sozialdemokratische Syndrom der europäischen Linken bezeichnen: In den Wahlbewegungen werden erwartungsgemäß fortschrittliche Programme und Konzepte abgerufen, nach den Wahlen werden die WählerInnen durch die Unfähigkeit der praktischen Umsetzung rasch enttäuscht. Analoge Verhaltensmuster zu Lasten der politischen Glaubwürdigkeit sind auch bei anderen sozialdemokratischen Parteien in Europa feststellbar, man braucht nur die verblüffende Anpassungsfähigkeit der deutschen und österreichischen SozialdemokratInnen in ihren jeweiligen Koalitionen mit konservativen Regierungspartnern genauer in Betracht ziehen.

Das Wahldebakel der Parti Socialiste (PS) und die Schwächung der innen- und europapolitischen Rolle des sozialistischen Präsidenten der französischen Republik hat auch nachteilige Folgen für das politische Gleichgewicht in der EU. Die Achse Berlin–Paris, in der ein konsequent handelnder linker Präsident Frankreichs fast zwangsläufig ein ausgleichendes Gegengewicht zum neoliberalen Austeritätsdogma der deutschen Kanzlerin darstellen müsste, bekommt ein konservative »Schlagseite«, die sich in der Gestaltung der EU-Wirtschaftspolitik, vor allem der Fiskal-, Beschäftigungs- und Wachstumspolitik, negativ auswirken wird. Und damit rührt die Niederlage der Linken in Frankreich auch an den Kern der künftigen Wirtschaftspolitik in der EU.

KEINE WIRTSCHAFTLICHE TRENDUMKEHR

Das Grundproblem der Europäischen Union ist die anhaltende Finanz- und Wirtschaftskrise. Die geldpolitische Stabilisierung des Euro durch die verspätet, aber immerhin unmissverständlich, ausgesprochene Garantie der Europäischen Zentralbank (Londoner Erklärung des EZB-Präsidenten Mario Draghi vom 26. Juli 2012, alles Erforderliche »innerhalb unseres Mandats« zur Rettung des Euro zu unternehmen) und die Verlangsamung der austeritätspolitisch verursachten Rezessionsspirale in den südeuropäischen Hauptkrisenländern der Währungsunion können nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die EU in eine Stagnationsfalle manövriert hat, aus der es ohne Änderung der wirtschaftspolitischen Zielrichtung kein Entkommen gibt. Allein die objektive Datenlage macht deutlich, dass die neoliberale Wirtschaftspolitik mit ihrem der »deutschen Stabilitätskultur« entlehnten Austeritätsdogma auf allen Linien gescheitert ist.

In der Hauptstoßrichtung der restriktiven Fiskalpolitik, der nachhaltigen Reduktion der Staatsverschuldung, dominieren die gegenläufigen Momente des Sparparadoxons, die trotz »Budgetdisziplin« einen weiteren Verschuldungsanstieg bewirken, obwohl durch die anhaltenden Ausgabenkürzungen in den Primärbudgets und die von der EZB-Garantie ausgelöste Reduktion des Zinsniveaus auf den Bondmärkten eine Abschwächung der Neuverschuldungsdynamik erreicht wurde. Fakt ist, dass in keinem der Euro-Krisenländer eine Umkehr des Verschuldungstrends eingetreten ist, die Überschuldung in dieser EU-Perimetrie durchgängig zunimmt und die EWU-aggregierte Staatsschuldenquote seit Eintritt der Finanzmarktkrise im Jahr 2007 von 66% ohne Unterbrechung auf ein historisches Rekordniveau im Jahr 2013 von 93% angestiegen ist. Die betroffenen Volkswirtschaften haben für das noch dazu an den eigenen Zielen gescheiterte »EU-Spardiktat« mit kumulierten BIP-Verlusten bis zu 25% einen völlig unverhältnismäßigen Preis bezahlt, die soziale Krise in den betroffenen Zivilgesellschaften erreicht mit allgemeiner Arbeitslosigkeit von mehr als 25% und Jugendarbeitslosigkeit von mehr als 50% die Ausmaße einer veritablen Katastrophe. Die demokratischen Reaktionen der BürgerInnen auf diese purgatorischen Zumutungen der neoliberalen EU-Wirtschaftspolitik hat im Rahmen der Wahl zum Europäischen Parlament einen Vorgeschmack auf die noch zu erwartenden Umwälzungen der politischen Landschaften bei den nationalen Wahlen geliefert.

DEUTSCHE DOMINANZ IN DER FISKAL-, ABER NICHT IN DER GELDPOLITIK

Der Verlauf der Finanz- und Wirtschaftskrise in der EU ist von einer Wirtschaftspolitik geprägt, die auf einer geteilten Hegemonie beruht. Die konservative Regierung Deutschlands hat auf Grund ihres integrativen Gewichts innerhalb der EU-Institutionen von Anbeginn, seit dem Ausbruch der Finanzmarktkrise im Jahr 2007, einen maßgeblichen Einfluss auf das wirtschaftspolitische Krisenmanagement, vor allem in der Währungsunion, ausgeübt. Durch konservativ-liberale Regierungsübernahmen in den Ländern der Eurozone wurde die krisenpolitische Linie Berlins zusätzlich gestärkt, das deutsche Stabilitäts- und Wachstumsmodell hat wegen seiner vermeintlichen Erfolge einen hohen Grad an europäischer Verbindlichkeit erlangt. Eine exportorientierte Wachstumsstrategie, Wettbewerbsfähigkeit durch Lohnzurückhaltung und Arbeitsmarktflexibilität, eine auf Preisstabilität konzentrierte Geldpolitik der EZB und strikte Austerität in der Fiskalpolitik sind die vier Eckpfeiler dieser in der »deutschen Stabilitätskultur« tief verwurzelten Wirtschaftspolitik. Nach den systemischen Ret-

tungsanstrengungen am Höhepunkt der Finanzmarktkrise und am Tiefpunkt der Großen Rezession, die vor allem auch für den Bankensektor und die Exportwirtschaft Deutschlands überlebensnotwendig, aber wegen der massiven staatlichen Interventionserfordernisse wenig kompatibel mit den neoliberalen Glaubensgrundsätzen waren, haben die deutschen StabilitätspolitikerInnen wiederum relativ rasch Tritt gefasst und in der nachfolgenden Euro- und Staatsschuldenkrise ihre richtungweisenden Vorgaben durchzusetzen versucht. Erfolge und Rückschläge dieser »deutsch-europäischen Versuchs-anordnung« in der EU-Wirtschaftspolitik bestimmen daher bis heute die wirtschaftliche Entwicklung in Europa.

In der Währungs- und Geldpolitik, die ursprünglich nach dem deutschen Muster des »Frankfurter Monetarismus« konzipiert war, ist der Versuch der Dominanz durch die Deutsche Bundesbank allerdings gescheitert. Die EZB konnte ihre Unabhängigkeit, die sie ganz entscheidend den konstitutiven Vorgaben deutscher Währungshüter bei ihrer Gründung verdankt, erfolgreich verteidigen und für einen geldpolitischen Pragmatismus nützen, der entscheidend zur Rettung und Stabilisierung des Euro beigetragen hat. Nahezu sämtliche geldpolitische Maßnahmen der EZB seit Ausbruch der griechischen Überschuldungskrise und der »Grexit«-Debatte, die in der laufenden Amtsperiode des italienischen EZB-Präsidenten Mario Draghi »im Rahmen des Mandats« sukzessive erweitert wurden, waren im Kreis der deutschen »Stabilitätsfalken« höchst umstritten, durchsetzen konnten sie ihre konträren Positionen dennoch nicht. Vielmehr haben ihre Exponenten in der EZB, namentlich die Rats- bzw. Direktoriumsmitglieder Axel Weber und Jürgen Stark sowie zuletzt auch Jörg Asmussen, den Rückzug angetreten und ihre Funktionen zurückgelegt.

Der amtierende Präsident der Deutschen Bundesbank Jens Weidmann kämpft gegen seine wachsende Isolierung im Rat der EZB, wobei die warnenden Zwischenrufe der deutschen Inflationskassandra von Otmar Issing bis Hans-Werner Sinn wenig hilfreich sind. Dadurch ist der Einfluss der »deutschen Stabilitätskultur« auf die Geldpolitik der EZB (in diesem Fall das strikte Votum gegen die angeblich inflationstreibende »Gelddruckmaschine«) begrenzt geblieben, was durchaus von Vorteil ist für einen stabilen Fortbestand des Euro. Denn unter deutscher Dominanz wären die massiven Liquiditätssicherungsaktionen für die Banken (»Bazooka« und »Dicke Berta«), das »Quantitative Easing« (QE) zur Stärkung der Solvenz von überschuldeten Euro-Krisenstaaten, die Ankauf-

programme für Staatsanleihen zur Senkung des Zinsniveaus auf den Bondmärkten (OTM – Outright Monetary Transactions), die »unkonventionellen Maßnahmen im Rahmen des Mandats« gegen Deflation und Kreditklemme in Südeuropa und schließlich die für die Dämpfung der Spekulationsdynamik auf den Finanzmärkten entscheidende EZB-Garantie nicht denkbar gewesen. Der Euro-Währungsraum wäre im besten Fall dem »too little, too late« - Syndrom der deutschen Europapolitik ausgesetzt und in seiner Einheit fortwährend gefährdet gewesen mit unabsehbaren wirtschaftlichen Krisenfolgen.

GELDPOLITIK ALLEIN KANN KRISE NICHT LÖSEN

Freilich wäre es vermessen, die EZB und ihre pragmatische Geldpolitik »im Rahmen des Mandats« in der aktiven Rolle des dauernden Krisenmanagements zu sehen, das würde die Wirksamkeit der Geldpolitik in der Krise überschätzen und die potenziellen Gefahren einer anhaltenden geldpolitischen Expansion unterschätzen. Die Senkung des Zinsniveaus auf den refinanzierungsrelevanten Bondmärkten zusammen mit den zinsgünstigen »Rettungskrediten« aus EFSF- und ESM-Mitteln dämpfen zwar den Neuverschuldungsanstieg der GIPS-Krisenländer, allerdings ohne eine Trendumkehr der wachsenden Überschuldung zu bewirken. Die als Teilerfolg der Sparpolitik gepriesene »Rückkehr an den Kapitalmarkt« ist daher ausschließlich der EZB-Garantie geschuldet, kein halbwegs risikoertragsbewusster Anleger würde in GIPS-Bonds zu den risikoreduzierten Niedrigkonditionen ohne die auf OTM gestützte Bail-Out-Garantie der EZB investieren, deren kostenlose Versicherungswirkung jeden prämienpflichtigen Hedge auf dem regulären CDS-Markt übersteigt. Damit werden die überschuldeten Souveräne in einem erträglichen Krisenmodus gehalten, deren Lage bleibt dennoch labil, weil der krisenanfällige Überschuldungsstatus nicht überwunden, sondern durch die Austeritätspolitik verschärft wurde.

Als ähnlich problematisch kann sich die hohe und zinsgünstige Liquidität auf den europäischen Finanzmärkten erweisen, die von der EZB als Mittel gegen Kreditklemme und Deflation auch durch »unkonventionelle Maßnahmen im Rahmen des Mandats« gefördert wird. Die Serie liquiditätsstärkender Aktionen der EZB haben bis dato die angestrebte Reaktivierung des realwirtschaftlichen Kreditmarktes in den Krisenländern verfehlt, was auf die konjunkturbelebenden Grenzen einer expansiven Geldpolitik in der Krise hinweist. Der endogene Kredit- und Geldschöpfungsprozess hängt eben ganz wesentlich von der erwartungsinduzierten Kreditnachfrage der Realwirtschaft und von der risikoinduzierten

Kreditvergabebereitschaft des Bankensektors ab. Die durch hohe Arbeitslosigkeit und Einkommensverluste stagnierende Inlandsnachfrage sowie die durch undifferenzierte Sparpolitik und Erwartungspessimismus hervorgerufene Investitionsabstinenz der öffentlichen Hände und der privaten Unternehmen können keine wachstumsanregende Kreditnachfrage generieren, auch wenn die Banken mit nahezu unbegrenzter Liquidität versorgt werden und die Außenwirtschaftssalden einen hauptsächlich durch Importrückgang gestützten positiven Trend aufweisen. Viel eher besteht die Gefahr, dass die realwirtschaftlich defizienten Transmissionsmechanismen des Geldangebots bei Niedrigzinsniveau und Überliquidität »Outlets« in die riskanten Vermögensmärkte suchen und die Inflation der Assetpreise anheizen. Es ist sehr die Frage, ob die regulatorische Tool Box der EZB und der Notenbanken (»makroprudenzielle Regulierung«) ausreichend entwickelt ist, um gegen drohende Vermögenspreisblasen, deren Platzen eine rasche Rückkehr der Finanzmarktkrise auslösen könnte, wirkungsvoll einzuschreiten.

KATASTROPHALE AUSTERITÄTSPOLITIK

Viel bedrohlicher für die positiven Effekte der pragmatischen EZB-Geldpolitik »im Rahmen des Mandates« sind aber die dramatischen Folgen der Austeritätspolitik, die in den betroffenen Krisenländern zu langen Rezessionsphasen mit hohen kumulierten BIP-Kontraktionsraten und einem in der europäischen Nachkriegsgeschichte einmaligem Ausmaß von Massenarbeitslosigkeit geführt haben, wobei durch die ausufernde Jugendarbeitslosigkeit die wirtschaftliche Zukunft einer ganzen Generation verspielt wird. Die konservative Regierung Deutschlands, die als die Urheberin dieser strikten Austeritätspolitik gilt, hat sich mit dem ganzen Gewicht ihres europäischen Einflusses gegen eine Lockerung des Sparkurses in der EU-Fiskalpolitik gestemmt, unbeschadet des Umstandes, dass diese Politik ihre primären Ziele in Richtung Verschuldungsreduktion völlig verfehlt hat.

Dabei liefert gerade die deutsche Volkswirtschaft gegenwärtig den Beweis dafür, dass nur ein anhaltendes Wirtschaftswachstum bei sinkender Arbeitslosigkeit eine reelle Chance für staatliche Schuldenkonsolidierung eröffnet. Freilich ist das auf Exportüberschüssen beruhende »neo-merkantilistische« Wachstumsmodell Deutschlands nur isoliert erfolgreich, sein »Außenhandelsparadoxon« verhindert eine universale Anwendung. Diese Einsicht ist allerdings deutschen StabilitätspolitikerInnen fremd, sie betrachten daher eine strikte Austeritätspolitik und eine arbeitsmarktflexible Stärkung der

internationalen Wettbewerbsfähigkeit als unabdingbare Voraussetzung für eine Rückkehr zu nachhaltigem Wachstum. Und Deutschland hat sich mit dieser Sichtweise in der EU-Wirtschaftspolitik klar durchgesetzt, ganz im Unterschied zur EZB-Geldpolitik, die einen von der »deutschen Stabilitätskultur« deutlich unterscheidbaren Kurs eingeschlagen hat.

GETEILTE HEGEMONIE

Die geteilte Hegemonie in der EU-Wirtschaftspolitik mit einer dem Einfluss Deutschlands weitgehend entzogenen Geldpolitik der unabhängigen EZB und einer im Bann deutscher Stabilitätsvorgaben gefangenen Fiskal- und Arbeitsmarktpolitik, die sich an den strikten Kriterien für Austerität und Wettbewerb orientiert, entfaltet eine ambivalente Wirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung in Europa. Einerseits ist es gelungen, durch den geldpolitischen Pragmatismus der EZB den Euro-Währungsraum auf einem latenten Krisenniveau zu stabilisieren und die kostspieligen Spekulationsneigungen auf den Finanzmärkten einzudämmen.

Die daraus resultierende Absenkung des Zinsniveaus für Staatsanleihen der Krisenstaaten verlangsamt deren Neuverschuldungsanstieg, gleichzeitig stärkt die EZB-Garantie durch erhöhte Anlegersicherheit die Solvenz der überschuldeten Souveräne. Andererseits hat die strikte Austeritätspolitik die Güter- und Arbeitsmärkte dramatisch deroutiert. Durch signifikante Lohnkürzungen wurden die Lohnstückkosten zwar deutlich reduziert, die daraus gewonnen Kostenvorteile können aber kaum wettbewerbswirksam werden, weil wegen hoher Arbeitslosigkeit und bedeutender Einkommensverluste die entsprechende Konsumnachfrage fehlt.

Die Paradoxien der neoliberalen Wirtschaftspolitik vereiteln ihre expliziten Ziele, die wirtschaftliche Unsicherheit drückt auf die Investitionsbereitschaft der Unternehmen, die in den Budgets einnahmen- wie ausgabenseitig anfallenden Kosten der Krise beeinträchtigen die Finanzierungsfähigkeit für Zukunfts- und Infrastrukturinvestitionen der unter Konsolidierungszwang stehenden Staaten. In dieser labilen Vertrauenslage versagen die Mittel der expansiven Geldpolitik, die Transmission des exogenen Geldangebots der EZB in die realwirtschaftliche Kreditnachfrage ist blockiert, weil die Geldschöpfung ein erwartungs- und risikoabhängiger endogener Prozess ist. Eine effektive Wende zu mehr Wachstum, die tatsächlich aus der Stagnation führt, erfordert daher eine andere Fiskalpolitik, die das Regime der geteilten Hegemonie in der EU-Wirtschaftspolitik überwindet.

S&D: POLITISCHE TRENDWENDE STATT PERSONALPOLITIK

Wenn das durch die Europawahl gewonnene Mandatsgewicht der Mitte-Links-Parteien im Europäischen Parlament, so es von der S&D-Mehrheitsfraktion in diesem Sektor überhaupt in eine aktionsfähige »linksliberale« Bündnisstruktur gebracht werden kann, nur dazu genutzt werden sollte, um Personalpolitik in der Europäischen Kommission zu betreiben und die Flexibilitätskosmetik des Stabilitäts- und Wachstumspakts (eine EU-typische Petitesse analog dem lächerlichen Finanzrahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit) zu legitimieren, dann wird daraus keine Alternative in der Fiskalpolitik gegen das von Deutschland gehütete Austeritätsdogma entwickelt werden können und die geteilte Hegemonie in der EU-Wirtschaftspolitik weiter bestehen bleiben. Eine »linksliberale« Allianz der EuropaparlamentarierInnen müsste sich vielmehr mit den von ihr forcierten »linksliberalen« Kommissionsmitgliedern sowie mit den aus den kommenden nationalen Wahlen hervorgehenden Ratsmitgliedern analoger Richtung koordinieren, um einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik gegen den Widerstand der Konservativen zu versuchen, wobei die wankelmütigen britischen Tories, geschlagen wie sie sind durch den UKIP-Sieg, an der Seite Deutschlands ihren schwindenden Einfluss im Stil einer neoliberalen EU zu retten versuchen werden.

NOTWENDIGE RICHTUNGSÄNDERUNGEN

Ein wirtschaftspolitischer Kurswechsel erfordert mindestens drei Richtungsänderungen:

(1) Einen verbindlichen Plan zur langfristigen Beseitigung der Überschuldung der Krisenstaaten, der an einer steuerlichen Beteiligung der finanzvermögenden Schichten und ihrer Institutionen, den eigentlichen Gewinnern der Krise zu Lasten der öffentlichen Hände, nicht vorbeiführen kann. Denn nur durch nachhaltige Sicherung der staatlichen Schuldendienstfähigkeit, die ein Bündel von Maßnahmen im Bereich des fiskalischen Schuldenmanagements (z. B. einen »Europäischen Währungsfonds«) erfordert, kann die kapitalmarktkonforme Solvenz der Soveräne auch ohne EZB-Garantie wieder hergestellt und der defizitwirksame Finanzierungsaufwand nachhaltig unter Kontrolle gehalten werden.

(2) Eine institutionelle EU-Lösung zur Überwindung der Investitionsfinanzierungsengpässe (z. B. einen »Europäischen Investitionsfonds«), die gegen Kreditklemme und risikoaverse Kreditmärkte Mittel organisiert und bereit stellt, um öffentli-

che und private Investitionen mit allen denkbaren Finanzierungsformen und -varianten zu fördern. Denn nur die Beseitigung der eklatanten öffentlichen Investitionsschwäche, die aus den Finanzierungshindernissen der fiskalischen Austerität resultiert, wird Wachstumsimpulse schaffen, um im privaten Unternehmenssektor durch positive Erwartungsänderungen die endogene Kreditnachfrage ganz im Sinne der »unkonventionellen Maßnahmen im Rahmen des Mandats« der EZB zu beleben.

(3) Eine politische Offensive zur Reorganisation der de-routierten Arbeitsmärkte, um gemeinsam mit den Gewerkschaften gegen den lohndrückenden Flexibilisierungswahn der neoliberalen Arbeitsmarktreform die branchen- und flächendeckenden Tarifgemeinschaften zu stärken, damit begleitet von staatlicher Mindestlohnpolitik dem Arbeitseinkommensverfall Einhalt geboten und einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik der Weg geebnet werden kann. Denn nur aus der lohn- und fiskalpolitischen Stärkung der Arbeitseinkommen wird sich jene Endverbrauchernachfrage entwickeln, welche die infrastrukturellen Investitionsnachfrageimpulse der öffentlichen Hände über eine Erholung der Investitionsneigung des privaten Unternehmenssektors zu einem nachhaltigen Wachstum multipliziert, das die Massenarbeitslosigkeit überwindet und die Staatshaushalte mit der Aussicht auf effektive Schuldenkonsolidierung entlastet.

Und am Ende könnte es ja durchaus sein, dass die EZB-Geldpolitik zu den »konventionellen Maßnahmen im Rahmen ihres Mandats« zurückkehren kann und die Preisstabilitätsziele wiederum in den Fokus ihrer Bemühungen rückt, was selbst die Deutsche Bundesbank erfreuen müsste. Diese Aussicht sollte sogar die SPD aus dem Bann der »deutschen Stabilitätskultur« befreien und für eine »linksliberale« Allianz auf europäischer Ebene öffnen, die endlich daran geht, das zunehmend delegitimierte Austeritätsdogma durch eine wachstums- und beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik zu ersetzen. 

WOLFGANG EDELMÜLLER,

Banker und Ökonom, lebt und arbeitet in Wien und im Waldviertel.

WIEN.blicke

MUSA



WIEN.BLICKE, Reinhard Mandl - MUSA
01., Universitätsring, 2009

Warum die Banken vergesellschaftet werden sollten

Die Banken haben die Legitimation für ihre in Privateigentum stehende Organisationsform durch die Überwälzung aller Risiken auf den Staat längst verloren, argumentieren Josef Falkinger und Johannes Chalupa. Sie skizzieren unter Rückgriff auf die Ideen Joseph Schumpeters, warum und wie eine neue Strategie der Vergesellschaftung der Banken aussehen könnte. Eine Diskussion darüber sei umso dringlicher, als eine nächste Bank- und Finanzkrise durchaus absehbar sei.

In Österreich sind bisher 4,9 Milliarden Euro an Steuergeldern unwiederbringlich in die Rettung von Pleitebanken geflossen. Der Haftungsrahmen belauft sich mittlerweile auf 22 Mrd. Euro [Parlamentskorrespondenz 616, 2014]. Ohne die staatliche Haftung für Interbankenkredite wäre das Bankensystem längst zusammengebrochen. Was seit der Finanzkrise 2008 passiert, ist nichts anderes als eine de facto Vergesellschaftung des Bankensystems. Banken können ohne die massive finanzielle Mitwirkung der Gesellschaft nicht mehr arbeiten. Es handelt sich jedoch um eine Vergesellschaftung der besonderen Art: Die Eigentumsverhältnisse werden nicht angetastet und auch die Entscheidungsbefugnisse bleiben beim Alten. Eigentum wird in der neoklassischen Wirtschaftstheorie mit der Übernahme von Risiko legitimiert.

Die bestehenden Eigentumsverhältnisse in der Bankwirtschaft haben damit auch nach marktwirtschaftlicher Ratio keine Legitimation mehr. Die Übernahme von Risiko durch die Eigentümer fehlt im Bankenwesen – mit dramatischen Folgen. Die neoklassische Wirtschaftstheorie nennt diese Problematik *moral hazard*. Banken sind also wie Pokerspieler, die ihre Verluste nicht selbst bezahlen müssen. Hinzukommt, dass Banken zu den Hauptprofiteuren der Staatsverschuldung gehören. Durch den Kauf von Staatsanleihen können sie in der Regel ohne Risiko Zinsen der Staaten kassieren¹. Eine riesenhafte zusätzliche Umverteilung vom Steuerzahler zu den Banken ist die Folge. Dabei erfüllen Banken ihren ureigentlichen Zweck nicht mehr, Kredite an die innovativen Bereiche der Realwirtschaft zu vergeben.

DIE FUNKTION DER BANKEN

Der österreichische Ökonom Joseph A. Schumpeter sah die

Quintessenz des Bankwesens darin, realwirtschaftliche Innovation zu finanzieren. Und zwar ging es bei Schumpeter gerade darum, einem Innovator, der noch nicht mit den nötigen finanziellen Mitteln ausgestattet ist, die Chance zu geben, mit seiner Innovation alteingesessene Wirtschaftsakteure zu verdrängen. Diesen Prozess nannte Schumpeter *schöpferische Zerstörung*. Trotz vom Staat niedrig gehaltener Zinsen geben heute Banken die Kredite nicht an die Realwirtschaft weiter, und sie tun dies besonders wenig im Bereich der Klein- und Mittelbetriebe und der Innovationsfinanzierung. Im Bereich der Start-ups sind die Kredite seit der Krise nahezu vollständig ausgetrocknet, wobei die Banken bereits vor der Krise in diesem Segment keine rühmliche Rolle gespielt haben.

Die Banken üben sich nach der Krise wieder – als ob nichts gewesen wäre – vor allem in genau jener Finanzakrobatik, die ihnen 2008 zum Verhängnis geworden ist. Das billige Geld fließt in Finanzprodukte und nicht in reale Innovationen. Die nächste Finanzkrise scheint vorprogrammiert und ein neuer innovationsgetriebener ökonomischer Aufschwung blockiert.

Schumpeter selbst war diese Problematik nicht unbekannt. In *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie* bezeichnet er das britische Bankwesen als vollständig reif für die Sozialisierung. Dies ist überraschenderweise heute wenig bekannt. Widmete er doch der notwendigen Vergesellschaftung weiter Teile der britischen Wirtschaft ein ganzes Kapitel: *Sozialisierung im Zustand der Reife*. [Schumpeter, 1974, 352ff]

Schumpeter bezeichnet vor allem jene Wirtschaftszweige als reif für die Sozialisierung, die bereits unter den Bedingungen des Kapitalismus die Funktion verloren haben, durch die

Übernahme unternehmerischen Risikos realwirtschaftliche Innovationen in Gang zu setzen.

Genau hier setzt auch der Schweizer Ökonom und Direktor des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts Thomas Straubhaar an. In einem Artikel unter dem Titel »Das Ende des Kapitalismus« stellte er in der deutschen Zeitung *Die Welt* die These auf, dass die EZB mit der geplanten Politik der negativen Zinsen den Boden des privatkapitalistischen Bankenwesens verlässt. Sein Befund: Eine Zentralbank, die der Meinung ist, nur noch mit Strafzinsen auf zurückgehaltene Kredite Banken zur Finanzierung von Innovation bewegen zu können, glaubt nicht mehr an die Funktionsweise des Kapitalismus.

BANKENREGULIERUNG

Seit der Bankenkrise 2008 sind verschiedene Vorschläge für Bankenregulierungen vorgebracht worden. Höhere Eigenkapitalquoten, die Trennung des Investmentbanking vom Kerngeschäft, die Zerschlagung der systemrelevanten Banken in kleinere Einheiten und zuletzt vermehrt die Idee des Vollgeldes².

Sämtliche Vorschläge sind problembehaftet: Zum einen ist fraglich, ob die Maßnahmen geeignet sind Krisen zu verhindern. *Die Trennung zwischen Investmentbanking und Kerngeschäft* beispielsweise macht das Investmentbanking noch riskanter und volatiler. Haushalte, die sich bei gewöhnlichen Banken verschulden und an einer Immobilienblase partizipieren, können beim Platzen einer Blase genauso eine Geschäftsbank in Schieflage bringen wie bisher. Solange Investmentbanken mit anderen Banken Geschäfte machen, werden bei Problemen auch die Geschäftsbanken immer betroffen sein. Das zeigte gerade die Insolvenz der reinen Investmentbank Lehman Brothers. Hinzukommt, dass Geschäftsbanken immer neue Wege suchen werden, die Trennung des Investmentbankings zu umgehen.³

Höhere Eigenkapitalquoten entlasten den Steuerzahler im Fall einer Bankenkrise, ändern aber nichts an der mangelnden Funktionsweise des Bankenwesens an sich. Sinkt der Ertrag der Banken aufs Eigenkapital, werden diese noch restriktiver in der Kreditvergabe sein. Sie werden noch mehr versuchen, ihren kurzfristigen Ertrag mit Finanzspekulationen zu maximieren, wenn auch mit weniger Fremdkapitalanteil.

Durch eine *Zerschlagung der systemrelevanten Banken in kleine Einheiten* würde das Bankwesen in die Zeit des Manches-

terkapitalismus zurückgeworfen. Es wird dabei vergessen, dass sich ein System unzähliger Kleinbanken historisch als noch instabiler erwiesen hat, als ein System von Großbanken. Sie können viel leichter Pleite gehen als eine Großbank. Zwar ist eine Bank alleine nicht systemrelevant, die Pleite einer Reihe von Kleinbanken kann aber genauso einen Bank-run auslösen wie die Pleite einer systemrelevanten Bank. Genau das war der Fall im Jahr 1929 und in den Finanzkrisen des 19. Jahrhunderts. Dass der Staat nie weiß, bei welcher Bankpleite die Kettenreaktion startet, macht die Situation noch unkontrollierbarer. Zudem ist es für Kleinbanken schwierig, große Investitionsprojekte zu finanzieren, beziehungsweise das notwendige Risiko von realwirtschaftlichen Innovationen zu tragen. Volkswirtschaftlich darf man die gerade im Finanzdienstleistungsbereich stark zunehmenden Skalenerträge nicht unberücksichtigt lassen.

Vollgeld führt zu ähnlichen Problemen wie erhöhtes Eigenkapital. Banken werden in der realwirtschaftlichen Kreditvergabe noch restriktiver.

Das entscheidende Problem bei all diesen Reformen des Bankwesens ist aber das Folgende: Die Fachverbände der Banken sagen, dass das Bankensystem auf dem Boden privatkapitalistischer Eigentumsverhältnisse in diesen Regelsystemen nicht gewinnbringend arbeiten kann. Sie würden vor allem die Konkurrenz mit weniger reglementierten Märkten nicht aushalten. Die Bankenverbände geben damit zu, dass das privatkapitalistische Bankensystem für den risikoarmen Steuerzahler untragbar geworden ist.

Wer versucht, Banken auf Basis der Marktlogik wirksam zu regulieren, stößt unweigerlich auf ein Dilemma. Echte Regulierungen gefährden die Profitabilität der Banken gerade in einer Phase, in der große Teile des Bankensystems damit kämpfen, ihre Profitabilität wieder herzustellen, oder eine Pleite abzuwenden.

VERGESELLSCHAFTUNG DER BANKEN GESTERN...

Das verstaatlichte oder quasiverstaatlichte Bankwesen der Nachkriegszeit in Westeuropa und Japans ist eine Erfolgsgeschichte. Vor allem wenn man die Jahre 1945–1970 mit den historischen Zeitabschnitten vergleicht, in denen ein privatkapitalistisches Bankwesen dominierte. Letztere waren immer von dramatischen spekulativen Blasenbildungen und Finanzkrisen begleitet. Hinzu kommen die positiven Erfahrungen

Chinas nach 1979 mit einem staatlichen Bankensystem. Durch eine Politik des gestuften Zinses konnten in der Nachkriegszeit und können in China noch immer Finanzierungsströme in die strategisch wichtigen Schlüsseltechnologien gelenkt und Blasenbildungen an den Finanzmärkten verhindert beziehungsweise gut kontrolliert werden.

In den USA, dem Epizentrum der Finanzkrise 2008, trotz ein Bundesstaat jeglichen Trend: North Dakota. Die Arbeitslosenrate lag im Oktober 2009 bei 4% – im Gegensatz zu 10% im gesamten Gebiet der Vereinigten Staaten. Das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner North Dakotas überholte just in der Krise das des US-Durchschnitts. Nicht wenige Beobachter führen dies auf die seit 1919 im Besitz der öffentlichen Hand stehende Bank of North Dakota zurück, die sich an einer gemeinwohlorientierten Geldpolitik orientiert. Der Erfolg dieser Bank hat in den USA eine Diskussion über Bankensozialisierung ausgelöst, die mittlerweile auch in die Spalten der New York Times, der Huffington Post und des Time Magazine vorgedrungen ist. [Vergleiche Brown 2014, Matthews 2013, Hardmeyer 2014]

Paradoxerweise ist öffentliches und genossenschaftliches Eigentum von Banken gerade in den letzten Jahren der Finanzkrise in Österreich in Misskredit gekommen. Stichwort BAWAG und Hypo Alpe Adria. Der politische Einfluss in der Bankenwelt wird heute oft mit gutem Grund als negativ wahrgenommen. Nicht ohne Ironie ist aber die negative Rolle, die Politik heute in der Bankenwelt spielt, gerade eine Folge der Bankenprivatisierung und der Liberalisierung der Finanzmärkte in den 1980er-Jahren. Wenn die öffentliche Hand oder genossenschaftliche Verbände in den letzten 20 Jahre Einfluss auf Banken ausübten, so nicht um die Finanzmärkte zu kontrollieren, sondern um das Spiel der entfesselten Finanzmärkte mitzuspielen. Spekulationsgeschäfte und Überexpansion in Osteuropa waren Folgen eines steigenden Konkurrenzdrucks im Bankenwesen gerade auf Grund der Globalisierung und Liberalisierung der Finanzmärkte.

Der Kärntner Landeshauptmann konnte die Hypo Alpe Adria nur deshalb als Cashcow benutzen, weil die kroatischen Finanzmärkte nach dem Zusammenbruch Jugoslawiens liberalisiert wurden und das Geld internationaler Investoren angezapft werden konnte. Dadurch, dass sich die öffentliche Hand insgesamt aus den Finanzmärkten zurückzog, und es somit keine umfassende Strategie öffentlichen Einflusses mehr gab, konnten einzelne öffentliche Hände beginnen, neofeudalen

und mafiösen Einfluss auszuüben. Wenn die Zentralgewalt bankenpolitisch als Souverän abdankt, bedeutet das nicht, dass der politische Einfluss versiegt. Im Gegenteil – es schlägt die Stunde der partikularen Potentaten.

... UND MORGEN

Wenn man den öffentlichen Bankensystemen der Nachkriegszeit etwas vorwerfen kann, dann dies, dass sie zwar keine finanziellen, aber realwirtschaftliche Blasen aufbauen halfen. Und wirklich kam es durch den gestuften Zins auch zu politisch gewollten Überinvestitionen in veraltete Technologien (Stahl- und Kohleindustrie). Dies war aber nicht durchgehend der Fall. Gerade in Deutschland, Japan, Südkorea und später in China wurden die Finanzierungsströme vor allem in die Exportindustrie geleitet, um deren technologische Überlegenheit weiter auszubauen, oder den technologischen Rückstand aufzuholen. Grundsätzlich ist aber auch das öffentliche Bankensystem, das wir bisher kannten, problembehaftet. Die größte Gefahr ist die, dass sich der Zentralstaat zu sehr in den kleinsten wirtschaftlichen Belange einmischt, mit ihm verbandelte Industrien einseitig unterstützt und Innovationen hemmt.

Schumpeter dachte auch über diese Probleme der Vergesellschaftung nach. In seinem Buch *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie* hält er Sozialisierung durchaus mit effizienter Wirtschaftsführung vereinbar. [Schumpeter 1975, 474f] Es wäre laut Schumpeter notwendig, die Macht der zentralen Leitung eines Wirtschaftszweiges, beispielsweise des Bankwesens, durch Regeln zu beschränken und eine große Autonomie der einzelnen Betriebe zu ermöglichen.

Konkret könnte das bedeuten, dass jeder Staatsbürger oder auch Genossenschaften weiterhin Banken gründen könnten. Diese Banken wären formal im Eigentum der Staatsbank, ihre Leitung jedoch der Staatsbank gegenüber weisungsfrei. Es handelte sich dabei um autonome Filialen⁴ der Staatsbank. Bankgründer müssten ein gewisses Ausmaß an Kapital in so eine Filiale einbringen. Sie könnten über die Gewinne der Filiale frei verfügen, hafteten aber mit ihrer Einlage im Fall einer Zahlungsunfähigkeit.⁵ Ein entsprechender juristischer Rahmen wäre zu schaffen. Solche Filialen der Staatsbank müssten eine Mindestreserve bei der Staatsbank hinterlegen und dafür bei der Staatsbank Kredite aufnehmen. Die Staatsbank würde für ihre Kredite an die Filialen verschiedene Zinssätze aufstellen, je nach der Struktur der Kredite, die von der Filiale an Kunden vergeben wurden. Beispielsweise würden Filialen, die

stark in der Finanzierung von Start-ups oder Schlüsseltechnologien tätig sind bei der Staatsbank niedrige Zinsen zahlen. Filialen, die stark in der Finanzierung von Finanzinvestitionen tätig wären, würden mit hohen Zinsen bestraft. Die Gehälter der Geschäftsführung wären zu beschränken. Die einzelne Filiale müsste zudem sämtliche Kundeninformationen an die Staatsbank weiterleiten. Bestehende Banken in Österreich könnten zum Teil als Filialen bestehen bleiben, zum Teil in die Staatsbank selbst übergeführt werden. Im Fall einer Zahlungsunfähigkeit der Filiale würden die Gründer und die großen Gläubiger ihre Einlage verlieren, die Staatsbank würde die Filiale jedoch weiterführen oder geordnet abwickeln. Auch für diesen Fall gälte es den entsprechenden juristischen Rahmen zu schaffen.

Das Aufgabengebiet der Staatsbank selbst würde vor allem sieben Bereiche umfassen

1. Finanzierung von Gütern mit hohem Gemeinnutzen
2. Finanzierung im Sinne ökonomischer, sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit
3. Finanzierung der öffentlichen Hand
4. Finanzierung von Schlüsseltechnologien
5. Erhalt der Geldwertstabilität
6. Festsetzung der Mindestreservesätze der Einzelbanken
7. Verwaltung der öffentlichen Gelder (Steuergeld, Reserven der Sozialversicherungsträger,...)⁶

DIE AUFGABEN DER STAATSBANK

Finanzierung von Gütern mit hohem Gemeinnutzen: Güter mit hohem Gemeinnutzen sind Güter, deren Nutzen nicht nur dem unmittelbaren Käufer und Produzenten zu Gute kommen, sondern auch positive Effekte auf die gesamte Wohlfahrt abwerfen. Die Ökonomie des öffentlichen Sektors spricht von Gütern mit positiven Externalitäten. Beispiele für solche Güter sind Forschung und Entwicklung, Schlüsseltechnologien, Bildung, Infrastruktur, Gesundheitswesen, umweltverträgliche Güter, gesundheitsschonende Produktionstechnologien, landwirtschaftspfliegende ökologische Landwirtschaft...

Der reine Markt kann diese Güter nie im Ausmaß des maximalen Gemeinwohls zur Verfügung stellen, da sich der Gemeinnutzen nur unvollständig für den einzelnen Produzenten in Profit ummünzen lässt.

Den umgekehrten Fall verkörpern Güter mit hohen gesellschaftlichen Kosten. Die Ökonomie des öffentlichen Sektors spricht von externalisierten Kosten oder negativen Ex-

ternalitäten. Diese Güter produzieren für die Gemeinschaft einen Schaden, der jedoch den einzelnen Produzenten oder Konsumenten nicht oder unvollständig trifft. Der reine Markt führt zu einer beständigen Überproduktion dieser Güter. Es handelt sich dabei beispielsweise um Güter, die mit Umweltverschmutzung verbunden sind, mit gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen und allgemeinen negativen Folgen für die Gesundheit.

Eine zentrale Aufgabe des öffentlichen Bankensystems wäre es über den gestuften Zinssatz negative und positive Externalitäten im Sinne des Gemeinwohls für Produzenten und Konsumenten zu internalisieren. Beispiele dafür sind billige Kredite an Biobauern, innovative Start-ups oder Firmen im Bereich Umwelttechnologie. Andere Beispiele sind teure Kredite für umweltschädliche Produktion, Produktion unter gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen oder reine Finanzspekulation. Eine Finanzierung in diesem Sinne wäre gleichzeitig eine *Finanzierung im Sinne ökologischer, ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit*.

Finanzierung der öffentlichen Hand: Eine Staatsbank könnte durch den Kauf von Staatsanleihen helfen, die öffentliche Hand billiger zu finanzieren und sogar zu entschulden. Sie würde der enormen Umverteilung vom Steuerzahler zu den Banken über die Staatsverschuldung entgegenwirken. Die günstigere Finanzierung der öffentlichen Hand ermöglicht eine Senkung der Lohnsteuern und der Massensteuern. Die Kaufkraft wird gestärkt. Gemäß der goldenen Finanzierungsregel könnten die günstigen Kredite an die öffentliche Hand an Zukunftsinvestitionen mit hohem Gemeinnutzen gebunden werden. Speziell zu fördern wären öffentliche Investitionen, die sehr groß sind und deren Nutzen sich erst mittel- und langfristig entfaltet. Solche Investitionen kommen einem natürlichen Monopol nahe, da kleine Investoren schlicht die finanziellen Mittel nicht aufbringen könnten. Klassische Beispiele für solche Investitionen sind das Eisenbahnwesen, eine herausragende Forschungs- und Innovationslandschaft oder eine ökologische Energieversorgung.

Finanzierung von Schlüsseltechnologien: Qualitativ hochwertige Arbeitsplätze können unter den Bedingungen des freien Warenverkehrs nur noch durch Hochtechnologie gesichert werden und mit der Strategie, in gewissen Branchen und Nischen technologisch Weltspitze zu sein. Da sich das privatkapitalistische Bankensystem vorwiegend am kurzfristigen Gewinn orientiert und tendenziell Finanzierungsströme von

der Realwirtschaft weg in Finanzinvestitionen leitet, steht es im Widerspruch zu einer nachhaltigen Industriepolitik. Eine Staatsbank könnte durch gestuften Zinssatz Finanzströme genau in jene Branchen und Nischen lenken, die für die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs zentral sind. Eine Staatsbank könnte Anreize für eine enge Kooperation zwischen Universitäten, Forschungsinstituten, Betrieben und innovativen Start-ups setzen um eine hocheffiziente Forschungslandschaft zu generieren.

Geldwertstabilität: Durch die mangelnde Bereitschaft privatkapitalistischer Banken, Kredite im notwendigen Ausmaß an die Realwirtschaft weiterzugeben, hängt das Damoklesschwert der Deflationsspirale über Europa. Preisverfall führt zur Zurückhaltung von Konsum- und Investitionsausgaben und damit zu einem Teufelskreis sinkender Wirtschaftsleistung und sinkender Konsumausgaben. Parallel führt ein privatkapitalistisches Bankensystem in Boom-Phasen tendenziell zu inflationären Prozessen im Bereich von Vermögensgütern, die sich zur Spekulation eignen (Immobilien, Aktien, Nahrungsmittel und Rohstoffe). Eine zentrale Aufgabe der Staatsbank wäre es, darauf zu achten, dass die wachsende Geldmenge mit dem Wirtschaftswachstum im Einklang stünde, um auf diese Weise Geldwertstabilität zu garantieren. Der durchschnittliche Zinssatz für Kredite wäre auf diese Weise vom Konsumentenverhalten wie vom Investitionsverhalten des Staates und der Unternehmen abhängig.

Der Durchschnittzinssatz unterliegt also den Gesetzen der Geldwertstabilität. Das bedeutet aber nicht, dass es nicht bei einem gegebenen Durchschnittzinssatz verschiedene Zinssätze für verschiedene Verwendungskategorien geben kann. Die Staatsbank müsste diese Zinssätze immer wieder an die Erfordernisse der Geldwertstabilität sowie der nachhaltigen volkswirtschaftlichen Entwicklung adjustieren. Eine Staatsbank kann prinzipiell durch ihren direkteren Einfluss auf die Kreditvergabe die Geldmenge besser optimieren als aktuell die EZB. Auch eine *nachhaltige Entwicklung des Außenhandelsdefizits* gälte es bei der Zinssetzung im Auge zu behalten.

INDIREKTE LENKUNG STATT ZENTRALER PLANUNG

Die Staatsbank hätte also mit Hilfe der Zinssätze auf Kredite und Einlagen der Einzelbanken im Rahmen der Geldwertstabilität auf eine makroökonomisch wünschenswerte Entwicklung der verschiedenen Verwendungskategorien des BIPs (Konsum, Staatsausgaben, Investitionen) hinarbeiten. Sie

könnte in jedem Bereich ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltige Ausgaben begünstigen und im Sinne der Nachhaltigkeit und des Gemeinwohls schädliche Ausgaben, wie beispielsweise gewisse Finanzinvestitionen mit hohen Zinsen bestrafen. Die Finanzierungsströme würden vom Finanzmarkt in die nachhaltigen Sektoren der Realökonomie umgeleitet. Eine solche Form der Wirtschaftslenkung wäre im Sinne der Idee der offenen Gesellschaft. Sir Karl Popper, ein Anhänger einer aktiven Rolle des Staates in der Wirtschaft und ausdrücklicher Befürworter von Planungselementen, argumentierte für den Mechanismus der indirekten Lenkung gegenüber der zentralen Planung. Die Lenkung via Gesetze und Zinssätze wäre flexibler als eine Lenkung durch direkte Befehle. Sie ließe den einzelnen Akteuren einen größeren Spielraum, auf neue Informationen dezentral zu reagieren und eigene innovative Lösungen zu suchen.

REGULIERUNG UND KONTROLLE DER STAATSBANK

Gewiss, auch eine Staatsbank wäre vor Problemen nicht gefeit. Hier können aber wiederum im Sinne einer offenen Gesellschaft institutionelle Lösungen gesucht werden. So verhindert die vollkommene Transparenz der Zahlungsströme gegenüber allen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern (selbstverständlich unter der Prämisse des Schutzes persönlicher Daten), dass sich Staatsbeamte und Politiker an der Staatsbank bedienen. Die Verpflichtung zur Geldmarktstabilität könnte gesetzlich verankert werden. Ebenso die goldene Finanzierungsregel in Bezug auf Investitionen der öffentlichen Hand. Das Überschreiten einer gewissen Inflationsrate könnte mit Sanktionen verbunden werden. Die Leitung der Staatsbank muss der Kontrolle des Nationalrats, sowie der Kontrolle der Sozialpartner unterstehen. Auch den Vertreterinnen und Vertretern der Beschäftigten im Bankgewerbe, Vertreterinnen und Vertretern der Landtage ist Mitsprache einzuräumen. Auf diese Weise ist eine gewisse Unabhängigkeit von der Regierung gewährleistet. Diese Unabhängigkeit beruht aber im Gegensatz zur Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank auf demokratischen Grundsätzen.

Wenn es um die Aufgaben der Staatsbank und der damit verbundenen Macht geht, darf nie vergessen werden, dass diese Macht auch jetzt ausgeübt wird, lediglich meist von privaten Monopolen. Eine Staatsbank hat den Vorteil, dass sie demokratischen Strukturen unterworfen und transparent geführt werden kann. Eine Staatsbank, die transparent und auf Basis demokratischer Strukturen agiert, befände sich dadurch auf

dem Weg zu einer echten Vergesellschaftung (=Sozialisierung) des Bankenwesens.

PRAKTISCHE UMSETZUNG

Der beste Zeitpunkt für eine Vergesellschaftung der Banken ist die nächste Bankenkrise. Das nächste Mal, wenn die Banken öffentliche Garantien brauchen, wäre statt weiterer Garantien eine Notverstaatlichung durchzuführen. Ein wasserdichter gesetzlicher Rahmen muss selbstverständlich in der Schublade liegen. Die Staatsbank stellt Nationalbank und EZB grundsätzlich nicht in Frage. Sie muss genauso Einlagen bei der EZB tätigen und die Mindestreserve erfüllen wie herkömmliche Banken. Nichtsdestotrotz werden gewisse EU-Institutionen den Vorwurf einer Monopolisierung des Bankenmarktes erheben. Dem ist mit politischen und ökonomischen Argumenten zu begegnen. Schon jetzt gilt es seitens der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung eine großangelegte europaweite Kampagne für eine Vergesellschaftung des Bankenwesens in der gesamten EU zu starten. 

QUELLEN

Parlamentskorrespondenz Nr. 616 vom 25.06.2014 | BROWN Ellen: Public Banks Are Essential to Capitalism, NY Times, 2.10.2013 | <http://www.nytimes.com/roomfordebate/2013/10/01/should-states-operate-public-banks/public-banks-are-essential-to-capitalism> | MATTHEWS, Christopher: Are State-Owned Banks the Antidote to the Too-Big-To-Fail Epidemic? Time Magazine, 15.1.2013 | <http://business.time.com/2013/01/15/are-state-owned-banks-the-antidote-to-the-too-big-to-fail-epidemic/> | HARDMEYER Eric: America's Only 'Socialist' Bank Is Thriving During Downturn, Huffington Post, 18.4.2010 | http://www.huffingtonpost.com/2010/02/16/bank-of-north-dakotasocial_n_463522.html | HARDMEYER Eric: Why Public Banking Works in North Dakota, NY Times, 1.10.2013 | <http://www.nytimes.com/roomfordebate/2013/10/01/should-states-operate-public-banks/why-public-banking-works-in-north-dakota> | SCHUMPETER Joseph A.: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, München 1975 | STIEGLITZ Joseph E.: Economics of the public sector, London, 2000 | STRAUBHAAR Thomas: Das ist das Ende des Kapitalismus, Die Welt, 10.6.2014 | <http://m.welt.de/wirtschaft/article128893318/Das-ist-das-Ende-des-Kapitalismus.html>

JOSEF FALKINGER UND JOHANNES CHALUPA

sind als Ökonomen in Wien tätig.

1. Aktuell decken sich spanische und portugiesische Banken mit hochprofitablen Staatsanleihen ein, finanziert mit fast zinslosem EZB Geld, anstatt dieses der Realwirtschaft zur Verfügung zu stellen.
2. Vollgeld bedeutet vereinfacht, dass Banken im vollen Ausmaß ihrer vergebenen Kredite Einlagen besitzen oder Kredite bei der Nationalbank aufnehmen müssen.
3. Um es mit den Worten eines Bankers in dem Cartoon von Peter Vey zu umschreiben: »These new regulations will fundamentally change the way we get around them.«
4. Unter Filiale ist hier nicht eine Geschäftsstelle zu verstehen. Es kann sich dabei durchaus um ganze Unternehmen oder Genossenschaften mit vielen Filialen handeln.
5. Die Staatsbank könnte die Ausschüttung der Gewinne beschränken, oder gewissen Kriterien unterwerfen, mit dem Ziel Anreize zu setzen.
6. Aktuell werden die meisten öffentlichen Gelder von privatkapitalistischen Banken verwaltet. Der Profit aus diesem Geschäft kommt selbsttendend überwiegend den Banken zu Gute.

WIEN.blicke

MUSA





WIEN.BLICHE, Reinhard Mandl - MUSA
01., Franz-Josefs-Kai, 2010

Kohärent im Sturzflug

Nach den Wahl Niederlagen bei den Kommunalwahlen im März 2014 berief Frankreichs sozialistischer Präsident François Hollande den Parteirechten Manuel Valls an die Spitze einer »Kampfregerung«. In diesen Wochen richtet sich dessen Kampf in erster Linie gegen den eigenen linken Flügel und das Wahlprogramm des Präsidenten von 2012. Die politische Wende hin zu einer unternehmerfreundlichen Politik kommt nicht unerwartet (vgl. ZUKUNFT 04/2014). Der Rauswurf der als links geltenden Minister und parteiinternen Schwergewichte Arnaud Montebourg und Benoît Hamon aus der Regierung stellt dennoch eine ernste Gefahr für die Stabilität nicht nur der französischen Regierung, sondern auch der französischen SozialistInnen dar und kann weitreichende Auswirkungen auf Europa haben.

Es waren zwei Interviews mit französischen Tageszeitungen am Wochenende des 23. und 24.08., die Frankreichs aktuelle politische Krise ausgelöst haben: Am 23.08. gab Wirtschafts- und Industrieminister Arnaud Montebourg in *Le Monde*¹ zu Protokoll, dass er gegen die dogmatische Reduktion von Budgetdefiziten sei und Angela Merkels Politik Wachstum verhindere. Frankreich müsse stärker auf eine nachfrageorientierte Politik setzen. Tags darauf setzte Bildungsminister Benoît Hamon in *Le Parisien*² nach: Um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, brauche es einen stärkeren Fokus auf die Nachfragepolitik, Deutschland denke zu sehr an sich selbst und zu wenig an Europa. In einer ersten Reaktion ließ Staatspräsident Hollande, der gerade im Ausland weilte, wissen, dass er den Versuch, »die europäischen Partner davon zu überzeugen, dem Wachstum Priorität einzuräumen« unterstütze, schließlich sei das »die Position der gesamten Regierung«. Etwas säuerlicher ließ Premierminister Valls ausrichten, in den Aussagen der Minister sei »nichts Schockierendes« und »nichts Neues« enthalten.³

Am Montag, dem 25.08., sahen die beiden das plötzlich anders. Valls ließ durch sein Umfeld martialisch verlautbaren, es sei »eine gelbe Linie überschritten« worden.⁴ Er trat formell als Premierminister zurück, um sich vom Präsidenten mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragen zu lassen, die »in Kohärenz mit den Zielen steht, die der Präsident für unser Land definiert hat«⁵ – und der Montebourg und Hamon nicht mehr angehören sollten.

Die Erklärungen, welche Linie genau überschritten worden sei, blieben vage und peinlich: Ein Minister dürfe sich nicht so über die Wirtschaftspolitik und den »deutschen Partner« äußern, ließ Valls wissen, was prompt Montebourgs Spott provozierte, die französische Linke sei nicht an die Politik der deutschen Rechten gebunden.⁶ Nicht weniger eigenwillig mutet der Erklärungsversuch von Regierungssprecher Le Foll an: Montebourgs Aussagen kämen zur Unzeit, denn gerade jetzt gebe es starke Anzeichen für einen von Präsident Hollande erreichten wirtschaftspolitischen Stimmungswandel auf europäischer Ebene. Die Debatte hätte nur in der Regierung, aber nicht öffentlich geführt werden dürfen.⁷

DAS ENDE DER DOPPELSTRATEGIE

Spiegelten Montebourgs Aussagen nun die Regierungslinie wider, oder störten sie die Kohärenz der Regierungsarbeit? Bei genauerer Betrachtung scheint beides zuzutreffen. Gebunden durch den wirtschaftspolitischen Austeritätskurs auf europäischer Ebene, versucht Hollande spätestens seit dem Jahreswechsel verzweifelt, mit einer Kursänderung den Eindruck der Handlungsfähigkeit zu erwecken: Der »Pakt der Verantwortung« soll die Unternehmen durch Flexibilisierungen und Abgabensenkungen um Milliarden entlasten, gleichzeitig soll das Budget durch Einsparungen saniert werden. Im Gegenzug erhofft man sich von den Unternehmen die Schaffung von Arbeitsplätzen, wobei Frankreichs Unternehmerverband MEDEF bislang jede konkrete Zusage – wie unverbindlich die auch immer wäre – beharrlich verweigert.

Monatlang hatten auch die dem linken Flügel zugerechneten Minister diesen Kurs mitgetragen und die fragwürdige wirtschaftspolitische Linie auf nationaler Ebene durch mehr oder weniger scharfe Rhetorik in Richtung Deutschland und Europa kompensiert. Insofern waren die Aussagen der beiden Minister tatsächlich weder »neu«, noch »schockierend«. Dass sie nun zu ihrem Ausscheiden aus der Regierung geführt haben, ist dennoch keiner zufälligen Laune geschuldet.

Für die »Linken« in der Regierung wurde die Lage zunehmend prekär: Angesichts weiter steigender Massenarbeitslosigkeit in Frankreich, dem Scheitern an jeder substanziellen Politikänderung in Europa und der budgetären Restriktionen, standen sie unter großem Druck, ihre Glaubwürdigkeit ebenso einzubüßen, wie es Präsident Hollande allen Umfragen zufolge bereits widerfahren ist. Mit ihrer Aktion wollten sie nicht nur politische Grundsätze sondern v.a. auch ihre Fähigkeit zur Kooperation demonstrieren. Zewifellos wollten sie auch eine Botschaft an Hollande und Valls senden, dass sie nicht bereit sind ihr politisches Schicksal bedingungslos an den Kurs des Premierministers zu knüpfen, sondern sich die Option auf eine Auseinandersetzung um den Führungsanspruch in der Partei am nächsten Kongress offenhalten möchten. Auch wenn ihre Kritik sich primär an Angela Merkel richtete, verstand Valls sie wahrscheinlich zu Recht als Signal gegen seine politische Konzeption.

VALLS LIEBT DIE UNTERNEHMEN

Bei der »Sommeruniversität« der französischen SozialistInnen in La Rochelle Ende August, dem alljährlichen »Familientreffen« von AktivistInnen und FunktionärInnen der Partei, versicherte der Regierungschef, dass er »weder zur Kurve ansetzen, noch eine Wendung vollziehen« wolle.⁸ Ein Stakkato an im Widerspruch zum Wahlprogramm stehenden Ankündigungen aus der Regierung Valls II. zeichnet jedoch ein anderes Bild. Sein erster öffentlicher Auftritt nach der Bildung der neuen Regierung führte den Premierminister (noch vor der Sommeruniversität der PS) zu einer Konferenz des Unternehmensverbands MEDEF, bei der er Frankreichs Unternehmen eine Liebeserklärung machte, die aufs herzlichste erwidert wurde.⁹ Vom Publikum mit standing ovations empfangen, preiste MEDEF-Präsident Pierre Gattaz, der der Regierung bislang mit feindseliger Präpotenz gegenübergetreten war, Valls schon im Vorfeld für seinen Mut, äußerte sich befriedigt über Montebourgs Entfernung aus dem Amt und zeigte sich erfreut über den neuen Wirtschaftsminister Emmanuel Macron.¹⁰ Letzteres wohl zu Recht: Gleich in seinem ersten Interview

zeigte der frühere Banker Bereitschaft zur weiteren Aufweichung der 35-Stunden-Woche,¹¹ ein Projekt an dem Nicolas Sarkozy letztlich gescheitert war. Arbeitsminister Rebsamen befand Anfang September die Veröffentlichung der Arbeitslosenzahlen für August 2014 – rund fünf Millionen Menschen suchen derzeit Arbeit – als den richtigen Zeitpunkt, öffentlich schärfere finanzielle Sanktionen gegen nicht arbeitswillige Arbeitslose in den Raum zu stellen.¹² Und schließlich kündigte der Premierminister selbst an, einen Gesetzesentwurf der – im März aus Protest gegen seine Bestellung – zurückgetretenen Wohnbauministerin Dufflot zur Begrenzung der Wohnmieten, den Wünschen der Immobilienwirtschaft folgend, massiv einzuschränken.¹³

Valls Auftreten seit der Regierungsumbildung lässt das Bild von der »überschrittenen gelben Linie« in einem anderen Licht erscheinen. Es geht nicht nur um das Infragestellen seines Macht- und Politikanspruchs, das als Sakrileg behandelt wird, sondern vielmehr um die in den Interviews indirekt erfolgte Ankündigung der linken Minister, gewisse inhaltliche gelbe Linien nicht überschreiten zu wollen oder zu können. Darauf will Valls in seiner politischen Konzeption aber offenbar keine Rücksicht.

ÄRGER IN DER PARTI SOCIALISTE

Die von Hollande eingeschlagene und von Valls noch wesentlich entschlossener vorangetriebene Strategie scheint dabei Shakespeares, auf Hamlet gemünztem, Motto zu folgen: »Though this be madness, yet there is method in it«. In Hinblick auf die enormen Schwierigkeiten, unter den gegebenen europäischen Rahmenbedingungen eine wirksame, nachfrageorientierte Wirtschaftsoffensive zu starten, wird der Fokus auf eine angebotsseitige Agenda gerichtet, um das Heft des Handelns wenigstens irgendwie wieder in die Hand zu nehmen und den Eindruck zu zerstreuen, der wachsenden Arbeitslosigkeit untätig zuzusehen. Dass diese Strategie wirtschaftspolitisch nicht erfolgreich sein kann, spielt wohl nur eine untergeordnete Rolle. Manches an den aktuellen Vorgängen in Frankreich weist Parallelen zum Politikschwenk der rot-grünen Regierung in Deutschland nach dem Ausscheiden Oskar Lafontaines aus der Bundesregierung auf. Während Hollande an den Gerhard Schröder der »ruhigen Hand« erinnert, der 2001 in der Rezession tatenlos blieb und sich auf elektorale Talfahrt begab, dürfte sich Valls eher als den zupackenden Schröder der Agenda 2010 inszenieren wollen, der das Ruder einer als sicher verloren geltenden nächsten Wahl

mit dem »Macher«-Image herumzureißen versucht. Anders als in der SPD vor 15 Jahren scheint es allerdings keineswegs ausgemacht, dass die Part Socialiste ihrem Premierminister bedingungslos in den politischen Untergang folgen wird. Ganz im Gegenteil. Allen Beteuerungen zum Trotz, seine Regierung betreibe eine Politik der »Reformen«, nicht der »Austerität«,¹⁴ scheint die Sorge zu wachsen, dass letztlich doch letzteres der Fall sein könnte, zumal nach wie vor in den Sternen steht, wie das Budget ausschließlich ausgabenseitig saniert werden soll, wenn gleichzeitig die Abgaben für Unternehmen um Milliarden gesenkt werden. In La Rochelle startete ein Versuch, die verschiedenen linken Formationen unter dem Motto »Vive la gauche« als neuen Flügel in der Partei zu formieren¹⁵ und Arnaud Montebourg greift nach einer kurzen Ruhepause Hollande und Valls öffentlich frontal an.¹⁶

Zuletzt betrat auch Martine Aubry wieder die Bühne der nationalen Politik. Aubry, seit 2008 Parteichefin, war Hollande 2011 bei den innerparteilichen Vorwahlen in der Stichwahl unterlegen (Ironie der Geschichte: der im ersten Wahlgang drittplatzierte Montebourg hatte in der Stichwahl Hollande unterstützt). Nach der Präsidentschaftswahl trat sie als Parteivorsitzende ab, zog sich auf ihr Bürgermeisterinnenamt in Lille nach Nordfrankreich zurück und äußerte sich fast zwei Jahre nicht zur Regierungspolitik. Nachdem sie als Bürgermeisterin schon in der ersten Septemberwoche lautstark gegen die Einschränkung des Gesetzes über die Mietenbegrenzung protestiert hatte,¹⁷ lieferte sie sich in der darauffolgenden Woche ein mehrtägiges verbales Fernduell mit Manuel Valls. Auf ihre Ankündigung, Vorschläge zur Wirtschaftspolitik der Regierung machen zu wollen, reagierte Valls entnervt und verlangte, die PS müsse die öffentlichen Querelen beenden. (Auch das entbehrt nicht einer gewissen historischen Ironie: Nachdem Valls im Sommer 2009 mehrfach laut darüber nachgedacht hatte, dass die PS nicht zukunftsfähig sei und entgegen der Parteilinie ein Bündnis mit dem bürgerlich-zentristischen MODEM empfohlen hatte, legte ihm Parteichefin Aubry in einem offenen Brief den Parteiaustritt nahe.)¹⁸

Aubry reagierte unbeeindruckt auf die öffentliche Maßregelung: Valls habe offenbar noch keine Zeit gehabt, sich mit ihren Aussagen zu befassen. »Wenn die Situation schlecht ist, muss die Politik Lösungen finden... Ich sage Manuel ganz einfach: Es ist nicht nötig, sich zu verkrampfen, man muss einfach nur diskutieren.«¹⁹ Auch darauf reagierte Valls mit einem nervösen Appell an die PS, geschlossen aufzutreten und die Regierung zu unterstützen.

Valls Unruhe ist nicht unbegründet. Ein harter Kern von rund 30 Abgeordneten, die dem linken Flügel zugeordnet werden, droht ihm die Zustimmung bei der noch ausstehenden Vertrauensabstimmung im Parlament zu verweigern, womit seine Mehrheit in Gefahr wäre. Wahrscheinlich ist dieses Szenario aber nicht, denn die dann abzusehende Auflösung der Nationalversammlung durch den Präsidenten scheint niemandem wünschenswert.

LAHME UMP

Dabei betreibt die sozialistische Regierung ihre Desavouierung jedenfalls in völliger Eigenregie, ohne von der Opposition nennenswert bedrängt zu werden. Die große konservative Oppositionspartei UMP ist verlässlich weiter mit sich selbst und ihren mannigfaltigen Affären beschäftigt. Parteichef Copé wurde im Gefolge eines Finanzskandals um Sarkozys Wahlkampf 2012 im Mai 2014 gestürzt, seither wird die Partei (wieder) interimistisch geführt und verstrickt sich neuerlich in interne Rivalitäten, Bündnissysteme und Kleinkriege. Nicolas Sarkozy bastelt weiter an seiner Rückkehr in die Politik, wird dabei aber auf Schritt und Tritt von alten und neuen Affären verfolgt.²⁰

Auch die »Front de gauche« hadert mit sich selbst. Das Bündnis aus Kommunistischer Partei und der Linkspartei des früheren PS-Politikers Jean-Luc Mélenchon zeigte sich zuletzt in allen wichtigen strategischen Fragen uneinig.

Einzig Marine Le Pen scheint derzeit politisch Erfolg zu haben. Nachdem der Front National bei den Europawahlen stimmenstärkste Partei geworden ist, setzt sie weiter auf ihre Strategie der »Entdiabolisierung« und den Versuch, neben radikalisierten UMP-AnhängerInnen auch enttäuschte WählerInnen aus dem ArbeiterInnenmilieu zu gewinnen. Es ist wohl kein Zufall, dass sich ihre Hauptkritik an der neuen Regierung an den neuen Wirtschaftsminister richtete, der symbolisch für den »brutalsten, dümmsten und ungerechtesten Ultraliberalismus« stehe.²¹

VALLS ERZWINGT RICHTUNGSENTSCHEIDUNG

Valls Politik der harten Hand hat den seit Monaten latent vorhandenen innerparteilichen Konflikt an die Oberfläche befördert. Die Rollenverteilung ist dabei einigermaßen klar: Während sich der linke Flügel vor allem auf das (ohnehin gemäßigte) Wahlprogramm von 2012 beruft und argumentiert, der Präsident müsse den Kurs fortsetzen, für den er gewählt worden sei, ist Valls der Mann, der eine grundsätzliche pro-

grammatische Wende herbeiführen will. Nicht umsonst fühlt der rechte Parteiflügel »seine Stunde gekommen« und prognostiziert eine »Explosion der widersprüchlichen Orientierungen« innerhalb der Partei.²²

Es erscheint absurd, dass Valls zur Einheit aufruft, kurz nachdem er den Konflikt durch seine Regierungsumbildung wesentlich verschärft hat. Mit einer Klärung der Richtungsentscheidung ist vor dem nächsten Kongress wohl nicht zu rechnen.

Angesichts von Valls Versuchen, sich als Regierungschef zu inszenieren, der von streitlustigen Parteihansln gehemmt werde, steht allerdings nicht nur die Frage der Kohärenz der Regierungsarbeit, sondern v.a. auch die Kohärenz der Parti Socialiste in Frage. Es ist nicht auszuschließen, dass Valls bei einer weiteren Zuspitzung der innerparteilichen Lage auch auf seine alten Bündnisideen verfällt.

Es ist offenkundig, wie eng die Entscheidung über den künftigen politischen Kurs der zweitgrößten EU-Volkswirtschaft mit den Kräfteverhältnissen in Europa verzahnt ist. Auch aus diesem Grund bleibt zu hoffen, dass die Auseinandersetzung nicht mit einem Einschwenken Frankreichs auf einen Austeritätsskurs endet. Denn das wäre – entgegen Valls Kalkül – nicht nur der Weg in die sichere Wahlniederlage der PS 2017, sondern auch ein verheerender Schlag für alle Bemühungen eines tatsächlichen Kurswechsels in der europäischen Wirtschaftspolitik. 

LUDWIG DVOŘÁK

ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.

1. http://www.lemonde.fr/politique/article/2014/08/23/arnaud-montebourg-les-choix-politiques-ne-sont-pas-figes_4475668_823448.html
2. <http://www.leparisien.fr/politique/benoit-hamon-on-n-est-pas-loin-des-frondeurs-24-08-2014-4082427.php>
3. [http://www.francetvinfo.fr/politique/montebourg-et-hamon-pas-loin-des-frondeurs-hollande-minimise-l-opposition-ironise_676417.html#xtor=RSS-3-\[lestitres\]](http://www.francetvinfo.fr/politique/montebourg-et-hamon-pas-loin-des-frondeurs-hollande-minimise-l-opposition-ironise_676417.html#xtor=RSS-3-[lestitres])
4. <http://www.lesechos.fr/politique-societe/politique/0203720897465-critiques-de-montebourg-une-ligne-jaune-a-ete-franchie-selon-lentourage-de-valls-1035535.php>
5. http://www.liberation.fr/politiques/2014/08/26/le-gouvernement-valls-ii-attendu-dans-la-journee_1087075
6. <http://www.lexpressiondz.com/internationale/200913-montebourg-fait-tomber-le-gouvernement.html?print>
7. http://www.liberation.fr/politiques/2014/08/27/en-direct-gattaz-attend-de-voir-ce-que-donnera-macron-a-bercy_1087789
8. http://www.lemonde.fr/politique/article/2014/08/31/a-la-rochelle-manuel-valls-appelle-le-ps-a-se-hisser-a-la-hauteur-des-enjeux_4479488_823448.html
9. http://www.lemonde.fr/economie/article/2014/08/27/pierre-gattaz-nous-voulons-la-reussite-du-pacte-de-responsabilite_4477591_3234.html
10. http://www.lemonde.fr/politique/article/2014/08/26/pierre-gattaz-tres-satisfait-du-remaniement_4477044_823448.html
11. <http://www.lefigaro.fr/conjoncture/2014/08/28/20002-20140828ARTFIG00052-macron-pret-a-assouplir-les-35-heures-pour-les-entreprises.php>
12. http://www.liberation.fr/economie/2014/09/02/la-cgt-denonce-les-propos-de-rebsamen-sur-les-chomeurs_1091961
13. <http://www.leparisien.fr/economie/construction-et-logement-ce-que-le-gouvernement-s-apprete-a-annoncer-29-08-2014-4095819.php>
14. http://www.lemonde.fr/politique/article/2014/09/07/martine-aubry-va-faire-des-propositions-au-gouvernement_4483295_823448.html
15. http://www.lemonde.fr/politique/article/2014/08/31/a-la-rochelle-les-militants-socialistes-gardent-la-tete-froide_4479526_823448.html
16. <http://www.sudouest.fr/2014/09/10/pour-arnaud-montebourg-hollande-mene-la-politique-de-la-droite-allemande-1667188-710.php>
17. <http://www.lejdd.fr/Politique/Martine-Aubry-attaque-sur-le-logement-et-demande-l-encadrement-des-loyers-a-Lille-683628>
18. <http://tempsreel.nouvelobs.com/politique/2014/04/01/OBS2143/quand-martine-aubry-demandait-a-valls-de-quitter-le-ps.html>
19. <http://www.lejdd.fr/Politique/Aubry-et-Valls-s-affrontent-par-medias-interposes-685770>
20. <http://www.sudouest.fr/2014/09/04/air-cocaine-pourquoi-la-justice-s-interesse-aussi-a-nicolas-sarkozy-1660901-4705.php>
21. <http://fr.reuters.com/article/topNews/idFRKBN0GUoGN20140830?pageNumber=1&virtualBrandChannel=0>
22. http://www.lemonde.fr/politique/article/2014/08/26/l-aile-droite-du-ps-sent-son-heure-venue_4476829_823448.html



GRAB

TRUCK

PSK

LOAN

BEER

AS

STREET

TRIP

TRIP

TRIP

TRIP

TRIP

BERTAY FOLI

3

BIOP

TRIP

TRIP

TRIP

TRIP

TRIP

TRIP

TRIP

TRIP

TRIP

WIEN.Blicke
MUSA



WIEN.BLICHE, Reinhard Mandl - MUSA
20, unter der Friedensbrücke, 2012

Tretet zurück!

Regina Jankowitsch analysiert in ihrem neuen Buch wie es zu der vorherrschenden Sesselklebermentalität kommt, wie Rücktritte gelingen können und was Politik, Medien und WählerInnen für eine bessere politische Kultur tun können. Jennifer Sommer traf sie zum Gespräch, noch bevor Vizekanzler Spindelegger den Rücktritt des Jahres lieferte, den sie bereits prognostizierte.

ZUKUNFT: *Was hat Sie nach Ihrem Vorgängerbuch mit dem Titel »Ich trete an!« dazu bewogen, ein Buch zum gegensätzlichen Thema zu schreiben?*

Regina Jankowitsch: Ich glaube, dass jede gesunde Demokratie das Reingehen und Rausgehen in der Politik beherrschen und kennen muss, denn sonst ist es nicht Demokratie sondern etwas anderes, was wir sicher nicht mehr haben wollen. Die primäre Motivation dieses Rücktrittsbuch zu schreiben, waren meine Erfahrungen als Coach, also als jemand die fast täglich mit Personen der ersten und zweiten Führungsebene aus Politik und Wirtschaft zu tun hat und sieht wie schwierig es oft ist los zu lassen.

Daher war es mir ein Anliegen ein Signal zu setzen, dass professionelles Zurücktreten schon funktionieren kann. Gleichzeitig wollte ich für mich persönlich analysieren, woran es eigentlich liegt, dass Österreich angeblich so eine schlechte Rücktrittskultur hat. Als studierte Historikerin und Politologin hat mich dieses Thema auch ad personam immer fasziniert. Und ich wollte heraus arbeiten, wieviel Mitverantwortung für die politische Qualität in unserem Land, und damit auch für die Rücktrittskultur, Sie und ich, wir, die WählerInnen und Wähler, letztlich haben.

Stichwort Politik – In Österreich ist es, zumindest was die traditionellen Parteien betrifft, noch immer ein langer Weg bis an die Spitze. Glaube Sie, dass dieses lange Verbleiben im System mit ein Grund dafür ist, warum der Abschied oder der Rücktritt vielen so schwer fällt?

Ja, ganz sicher. Es ist ein wesentlicher Grund. Das lange Verbleiben innerhalb einer Organisationen, auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen, macht es jedem Menschen schwer, raus zu gehen. Denken Sie etwa an Leute, die 30 Jahre in einer Firma oder in einem Verband tätig waren, das kann auch der Kulturverein in der Freizeit sein. Also überall dort, wo ich länger dabei bin, fällt es mir als Gewohnheitstier, das der Mensch nun mal ist, natürlich emotional schwer, wieder raus zu gehen.

Deswegen glaube ich persönlich, dass es nicht nur an dem einzelnen Politiker oder der einzelnen Politikerin liegt, ob wir eine bessere Rücktrittskultur etablieren können. Ich glaube, dass wir dazu strukturelle Änderungen brauchen, sonst ändert sich nichts oder nicht in dem gewünschten Ausmaß. Ich darf Ihnen da ein Beispiel bringen: Hubert Sickinger, der gemeinsam mit Josef Barth die Initiative www.transparenzgesetz.at gegründet hat, und ich haben die Idee geboren, dass man eine Beschränkung der Amtszeit auf maximal zwei Legislaturperioden pro Ebene einführen könnte. Nach unseren Überlegungen, könnte man damit zwei Fliegen mit einem Schlag erreichen: zum einen würde die Erfahrung, die jemand besitzt im System bleiben, zum anderen würde dieses unglaublich mühsame hin und herschieben von Verantwortungen zwischen EU, Bund, Ländern etc. hintangehalten werden. Denken Sie zum Beispiel daran, dass nahezu jede und jeder, die nach Brüssel gegangen sind, als EU-Fans zurück gekehrt sind. Ich denke, dass damit der gemeinsame Gedanke, etwas gesellschaftspolitisches auf die Beine zu stellen, gefördert werden kann.

Wäre die Umsetzung dieser Beschränkung auf zwei Legislaturperioden für Sie auch in der Wirtschaft vorstellbar oder wünschenswert?

Ja, durchaus, das ist ganz genau dasselbe. Es ist ungesund, wenn jemand, egal wie kompetent diese Person sein mag, wesentlich länger als zehn oder zwölf Jahre genau den gleichen Job macht. Studien haben bewiesen, dass Dauer-AmtsträgerInnen auch für die Organisation selbst nicht gut sind, denn jemand, der so lange immer dasselbe macht, hat irgendwann mehr Interesse daran, das Bestehende zu bewahren als etwas Neues zu initiieren. Außerdem sollten wir uns, als KundInnen oder WählerInnen, gerade in Österreich, nach 600 Jahren Habsburger, mit einem Kaiser der 68 Jahre regiert hat, danach sehen, dass wir in einer regelmäßigen Frequenz neue Gesichter haben.

Und drittens glaube ich, dass es auch der Persönlichkeit selber gut tut. Jeder von uns ist ein bisschen bequem und muss sich selbst immer wieder einen kleinen Tritt geben um sich aus dem gewohnten Alltag rauszubewegen. Und wie schwierig sind oft kleinste Veränderungen für uns. Ich erlebe immer wieder, dass viele Menschen anfänglich oft große Angst vor einem Sprung in eine neue Richtung haben. Wenn sie diesen Sprung aber professionell angehen und emotionale Unterstützung durch ihre Familie, wirkliche Freunde oder vielleicht auch professionellen Beistand durch einen Coach haben, dann ist das Risiko sehr gering. Es kann fast immer nur besser werden.

Wie sehen die Chancen für PolitikerInnen nach einem professionellen Rücktritt nach einiger Zeit wieder zu kandidieren?

Grundsätzlich gut. Ich halte es auch für wünschenswert und machbar. Zwei aktuelle Beispiele sind Wolfgang Moitzi und Laura Rudas, die ja beide seit sehr jungen Jahren in der Politik waren und nicht bis zu ihrer Pensionierung durchgehend in diesem System bleiben wollten. Wir werden erleben, ob die zwei noch einmal zurückkehren. Aber ein Faktor für den Erfolg des durchlässigen Systems ist aus meiner Sicht sehr wesentlich: die Akzeptanz der Bevölkerung. Denn, und das stört mich massiv, viele KollegInnen erzählen, dass viele Menschen die sie treffen sagen »Ja, wir brauchen frischen Wind und andere Politik« und wenn dann aber der eine oder die andere aus der Politik ausscheidet und irgendwo neu anfängt, heißt es fast immer, und da sind die Medien nicht ganz unschuldig, na typisch, die haben das nur aufgrund ihrer politischen Verbindungen bekommen.

Das mag schon in einigen Fällen der Fall sein und ich bin eine große Gegnerin von parteipolitischen Besetzungen, wenn keine Qualifikation daneben steht. Aber wenn es eine Qualifikation der betreffenden Person gibt, dann warum sollte er oder sie dann nicht irgendwo etwas anderes anfangen können? Also wenn wir den Absprung aus der Politik durch undifferenziertes Heruntermachen so unattraktiv machen, dann ist das keine sehr attraktive Option für Minister, Abgeordnete und FunktionärInnen, die sich gerade überlegen, soll ich gehen oder nicht. Wenn ich damit rechnen muss, dass ich einer derartigen Häme ausgesetzt werde und negative postings in den social medias überquellen, schiebe ich vielleicht den Rücktritt auch auf die lange Bank. Das kann es also auch nicht sein.

Wie könnte es dann aussehen?

Ich glaube überhaupt, dass man Politik als etwas großartiges und faszinierendes, aber als Phase des Lebens sehen soll und nicht als Dauerzustand. Ich erlebe sehr oft, wie großartig inspirierend das politische Geschäft ist, und das ist ja auch ein Grund, warum viele Kolleginnen und Kollegen solche Schwierigkeiten haben, früher oder später hinauszugehen. Wenn man gerne gestaltet, Zukunftsideen entwickelt, gerne etwas für Menschen tut, ist es ein großartiger Job. Aber gleichzeitig ist er auch kräfteaufwendend und aufreibend, bedingt durch die Spielregeln in der Politik als solches. PolitikerInnen müssen wesentlich mehr interne Attacken aushalten als in jedem anderen Betrieb, das Privat- und Berufsleben verschimmt sehr stark, das heißt sie haben fast 24/7 und das ist natürlich anstrengend. Zusätzlich haben sie selbst an der Spitze, anders als in der klassischen Wirtschaft, nicht direkt die Möglichkeit das durchzusetzen, was sie für richtig halten. Das ist schon gut so, das ist ja Demokratie, aber es macht einfach sehr schnell sehr müde.

Zusammengefasst, ich wünsche mir, dass es uns in Österreich in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren gelingt ein entspannteres Verhältnis zum Thema Rücktritt zu finden und diesen als etwas ganz Normales zu empfinden und nicht als Eingeständnis von Schuld, als Versagen, als Ausdruck einer Marionette, die von der Partei irgendwohin getrieben wurde. Ich möchte an dieser Stelle Ferdinand Lacina erwähnen, den ich im Zuge meiner Buchrecherchen interviewen durfte und der zu mir gesagt hat, dass er sich immer drei Dinge vorgenommen hat: erstens immer unterscheiden zu können, ob der Jubel ihm oder dem Amt gilt. Zweitens vom Bad in der

Menge nicht abhängig zu werden und drittens nur eine beschränkte Zeit drin zu bleiben.

Gab es einen Rücktritt, der aus Ihrer Sicht nicht notwendig oder besonders schade war bzw. der anders verlaufen wäre, hätte man Ihre Beratung in Anspruch genommen?

Vielleicht Hannes Androsch? Eine sehr beeindruckende Persönlichkeit, die sich leider selber den Weg verbaut hat. Hätte es damals meinen Beruf schon gegeben, hätte Hannes Androsch sich damals coachen lassen, wäre möglicherweise das eine oder andere zu verhindern gewesen. Entweder hätte er dann manches gar nicht angenommen, oder manches anders gemacht oder sich früher zurückgezogen. Denn wer frühzeitig und freiwillig seinen Hut nimmt, hat viel besser Chancen später wieder zu kommen. Es gibt dafür auch konkrete Beispiele aus Deutschland. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) war unter Bundeskanzler Kohl und dann Jahrzehnte später unter Bundeskanzlerin Merkel Justizministerin.

Wie ihr das geglückt ist? Sie ist damals aus Protest gegen den großen Lauschangriff zurück getreten, also aufgrund einer ethischen Überzeugung heraus. Oder denken Sie an Gregor Gysi oder an Cem Özdemir – beide haben es Jahre nach ihren Rücktritten sogar wieder an die Spitze ihrer jeweiligen Fraktionen geschafft. Sie sind Beweise dafür, dass man, wenn man es frühzeitig, freiwillig und eindeutig macht, sogar von einem Rücktritt profitieren kann.

Auch wenn Sie die Frage wahrscheinlich nicht beantworten werden: Wem würden sie momentan den Rücktritt nahe legen?

Ein seriöser Coach richtet niemanden über die Öffentlichkeit aus, wer zurück treten soll und wer nicht. Ich kann wenn sie wollen, die Frage nur hypothetisch beantworten. Wäre ich der Coach eines Erwin Pröll oder eines Michael Häupl, würde ich beide versuchen zu motivieren, rechtzeitig vor der nächsten Wahl einer Nachfolgerin oder einem Nachfolger Platz zu machen. Oder würde Michael Spindelegger oder Werner Faymann meine Unterstützung suchen, dann würde ich in unserer Zusammenarbeit auf die großen Gefahren hinweisen, die sich hier am Horizont auftun – in beiden Fraktionen herrscht ja, wenn auch aus den unterschiedlichsten Gründen, eine ganze große Unzufriedenheit. Die Möglichkeit, dass beide innerparteilich zum Rücktritt gezwungen werden, ist gegeben, wenn sich beider Performance nicht bald nachvollziehbar ändert. 



Regina Jankowitsch
**TRETET ZURÜCK! Das Ende der
Aussitzer und Sesselkleber**
Überreuter Verlag, 2013,
112 Seiten

REGINA JANKOWITSCH

ist Autorin und Historikerin, studierte »Political Leadership« an der George Washington University in Washington D.C. und arbeitet als Coach für Führungskräfte aus Wirtschaft und Politik.
www.jankowitsch.at



WIEN.BLICHE, Reinhard Mandl - MUSA
22., vor U1-Station Vienna Int. Center, 2011

Otto Neurath – ein skeptischer Utopist

Als Ergebnis langer Auseinandersetzungen mit Otto Neurath veröffentlichte Günther Sandner kürzlich die bislang erste Biographie des politisch aktiven sowie wissenschaftlich höchst originellen und dennoch eher vernachlässigten Genies. Armin Puller rezensiert die gründliche Darstellung des umfassenden Lebensbildes.

Otto Neuraths Œuvre reicht von wissenschaftlichen Beiträgen zur Nationalökonomie, Wissenschaftstheorie, Philosophie und Mathematik, über sein Mitwirken im »Wiener Kreis« bis hin zur ArbeiterInnen- und Volksbildung sowie zur aktiven Mitwirkung in kommunalen Projekten. Mit der Bildstatistik entwickelte er eine Darstellungsweise und Vermittlungstechnik, die bis heute Verwendung findet. Im Wien der Zwischenkriegszeit zählte Neurath zu den großen öffentlichen Intellektuellen. Sein wissenschaftliches, volksbildnerisches und politisches Wirken verstand er stets als Beitrag zur Herstellung einer neuen Gesellschaft, in der statt kapitalistischer Marktwirtschaft rationale und demokratische Planung, Pluralismus, Selbstbestimmung und Orientierung am guten und glücklichen Leben für die Vielen vorherrschen.

Mit dem Faschismus ist diese Verbindung untergegangen und Neurath wurde höchstens hinsichtlich einiger Teilbereiche seines Werkes wieder rezipiert. Sandners Biographie zeichnet sich neben der akribischen Forschungsarbeit und dem hohen Kenntnisreichtums des Autors auch und vor allem durch die Zusammenführung der vielen Aspekte von Neuraths Schaffen entlang einer dem weltpolitischen Verlauf entsprechenden Periodisierung seines Lebens aus.

Neurath wurde 1882 als Sohn eines aus der Israelitischen Kultusgemeinde ausgetretenen und konvertierten Wiener Ökonomen, Wilhelm Neurath (1840–1901), und der Tochter eines Wiener Rechtsanwalts, Gertrud Kaempffert (1847–1914), geboren. Von Zeitgenossen wurde Neurath vielfach als frühreif und von eifriger Wissbegierde getrieben beschrieben. So nahm er etwa, beeindruckt von den Wer-

ken der populären schwedischen Reformpädagogin Ellen Key (1848–1926), bereits als Gymnasiast mit Key Kontakt auf und debattierte Aspekte ihres sozialliberalen Zugangs zu Ehe, Liebe, Erziehung, Staat und Gesellschaft. Es entwickelte sich eine längere freundschaftliche Beziehung – auch wenn sich Neurath später von individualistischen Implikationen ihres Zugangs deutlich distanzierte.

Nach dem Gymnasium begann er in Wien ein Studium der Staatswissenschaften und Philosophie, das er ab 1903 aufgrund eines Ratschlags des Soziologen Ferdinand Tönnies in Berlin fortsetzte und 1906 mit einer nationalökonomischen Dissertation »summa cum laude« abschloss. 1907 heiratete Neurath die fünf Jahre ältere Anna Schapire, die als Schriftstellerin, Lyrikerin und Feministin aktiv war und 1906 ein umfangreiches Studium mit einer ökonomischen Dissertation (»summa cum laude«) in Bern abschloss. Schapires sozial- und frauenpolitische Analysen und Artikel sind von einer selbstbewussten Intellektualität und großem feministischem Engagement gekennzeichnet.

Die gemeinsame Publikationstätigkeit der beiden (»Lesebuch für Volkswirtschaftslehre«, 1910) zeugt davon, dass die Ehe auch eine intellektuelle Verbindung war. Schapire verstarb bei der Geburt des Sohnes Paul 1911. Otto sollte zwei weitere Male heiraten: 1912 die promovierte Philosophin Olga Hahn, die als Mitglied des Wiener Kreises bereits Abhandlungen mit Neurath veröffentlichte. Nach ihrem Tod 1937 heiratete Neurath 1941 seine langjährige wissenschaftliche Mitarbeiterin Marie Reidemeister, die seit 1925 wesentlich an der Entwicklung der Bildstatistik mitwirkte und die Methode noch nach Neuraths Tod in London weiterführte.

WISSENSVERMITTLUNG

Von Anbeginn war Neurath ein Wissensvermittler und unterrichtete nach seiner Rückkehr nach Wien bis zu Kriegsbeginn 1914 an der Neuen Wiener Handelsakademie politische Ökonomie. Ein damaliger Schüler beschreibt Neurath in einem autobiographischen Roman als politisch unergründbaren Riesen »mit einer vollendeten Glatze und einem gewaltigen roten Vollbart wildester Art, der Fäuste wie ein Matrose hatte und stets in weiten Anzügen merkwürdig bäurischen Schnittes steckte« (Eugen Hoeflich, zit. n. Sandner 2014: 66).

Neuraths Bemühungen um eine Universitätskarriere fruchteten 1917 in Heidelberg mit einer kumulativen Habilitation zu »Kriegswirtschaft, Verwaltungswirtschaft, Naturwirtschaft« – einem Thema, zu dem Neurath während der Kriegsjahre arbeitete und in Studienreisen, als Gruppenleiter des wissenschaftlichen Komitees für Kriegswirtschaft im Zuge eines Heeresdienstes im k.u.k. Kriegsministerium sowie als Leiter des Kriegswirtschaftsmuseums in Leipzig Überlegungen anstellte. Neuraths Arbeiten konzentrierten sich dabei darauf, Probleme der kapitalistischen Wirtschaft zu thematisieren und erwarteten vom Krieg Impulse für eine wirtschaftliche Neuordnung. Seine Lehrbefugnis hielt nicht lange: Da Neurath wegen seines Heeresdienstes nicht lehren konnte, wurde sie ihm im Mai 1919 wieder aberkannt.

SOZIALISIERUNG DER WIRTSCHAFT

Ohnehin war Neurath mit einem anderen Projekt befasst: In der kurzen Phase der Bayrischen Räterepublik fungierte er als Präsident des Zentralwirtschaftsamtes, das er als angefragter Sachverständiger für die Sozialisierung der Wirtschaft initiierte. Neurath gehörte zu den avanciertesten Theoretikern des geplanten Wirtschaftens und vertrat den Zugang der Vollsozialisierung, die sich von bloßer Verstaatlichung und im Rahmen zu gründender Produktions- sowie Konsumtionsverbände auch von Bürokratismus abhebt. Das ihm vorschwebende Wirtschaftsmodell war jenes der geldlosen Großnaturalwirtschaft und der »an den unterschiedlichen Bedürfnissen orientierte[n] gestaffelte[n] Lebenslagen-Verteilung« (ebd.: 117).

Seine Überlegungen kreisten um die Themen der Glückslehre und die Förderung freier und pluraler Lebensweisen sowie um die Frage der »gesellschaftstechnischen« bzw. praktischen Realisierbarkeit vor dem Hintergrund von Rationalisierung und Produktivität auf hohem Niveau. »Neuraths Sozialisierungsmodell war also kein straff organisiertes, ein-

heitliches Modell, sondern sah innerhalb eines sozialistischen Rahmens freie Betätigungsmöglichkeiten für unterschiedliche Gruppen, etwa für die Genossenschaften der Handwerker und Bauern, vor.« (ebd.: 121)

Mit dem militärisch erwirkten Ende der Räterepublik kam Neurath in Haft. Sandner zeichnet dabei nach, wie Neurath vor allem mit der diplomatischen Hilfe von Außenminister Otto Bauer, der im Kriegsministerium Mitarbeiter von Neurath war, wieder nach Wien zurückkehren konnte. Bauer fertigte dabei ein für Neurath kränkendes Gutachten an, das Neurath als Technizist darstellt, der ein politisch neutrales und gar dem Rätegedanken widersprechendes Sozialisierungskonzept bewerbe, das er bereits für die Kriegswirtschaft zu verordnen empfahl. Auch wenn das Gutachten als im Sinne einer baldigen Enthftung zugespitzt wurde, fügt es sich in eine ablehnende Bewertung von Neuraths Ansatz innerhalb der Linken als »unmarxistisch«, plump und unrealistisch ein. In informativer Weise stellt Sandner die für Neurath relevanten Stränge seiner Position sowie auch Kritiken daran dar und hebt vor allem den zentralen Gedanken Neuraths hervor, dass »Planung Vielfalt und Freiheit nicht verhindern, sondern überhaupt erst ermöglichen« (ebd.: 300) sollte.

DEMOKRATISIERUNG DES WISSENS

Neuraths Hochphase fällt mit dem Roten Wien zusammen. Seine Aktivitäten reichen dabei von der Fortführung von Forschungen zu gemeinwirtschaftlichen Fragestellungen über den Wohnbau und die Involvierung in der Siedlerbewegung (inkl. der späteren Beteiligung an der Werkbundsiedlung) bis hin zur Schaffung des »Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums«. Die Entwicklung der »Wiener Methode der Bildstatistik« kann als wichtigstes Projekt dieser Zeit genannt werden. Die in kollektiver Arbeit von SoziologInnen, KartographInnen, StatistikerInnen und GrafikerInnen produzierten Piktogramme sollen den Betrachtenden die rasche Aneignung von komplexen Zusammenhängen ermöglichen und eigene Reflexionen befördern.

Die Bildstatistik, für die genaue Regeln und Verfahrenswesen aufgestellt wurden, verfolgte ein klassenkämpferisches Ziel: Neurath »wollte eine Demokratisierung des Wissens erreichen, um die in der Klassengesellschaft existierenden Bildungsprivilegien zu brechen und die durch Herkunft bedingte Chancenungleichheit zu verringern. [...] Neuraths Bildsprache war demokratisches Empowerment« (ebd.: 299). Das Interesse für die Bildstatistik reichte übrigens bis in die

Sowjetunion, wo es bis 1934 zu einigen für Neurath ambivalenten Kooperationen kam. In der Bildungsarbeit war Neurath auch als Lehrender der als Gegenhochschule gegründeten sozialdemokratischen »Arbeiterhochschule« im Bereich der Wirtschaftsgeschichte tätig sowie als Referent auf unzähligen Bildungsveranstaltungen im Bereich der ArbeiterInnen- und Volksbildung.

WISSENSCHAFTSVERSTÄNDNIS

Auf Neuraths schier grenzenlose Energie verweist auch die bis heute nicht vollständig erfasste umfangreiche Publikationstätigkeit. Darüber hinaus bewegte er sich in einigen relevanten Intellektuellenrunden: So war er etwa neben Paul Lazarsfeld, Siegfried Bernfeld und Edgar Zilsel häufiger Gast bei Otto und Helene Bauer.

Von größerer Bedeutung noch ist sicher Neuraths Rolle im »Wiener Kreis« als wichtige Figur neben Moritz Schlick, Rudolf Carnap, Philipp Frank und Hans Hahn sowie als Protagonist von dessen linkem Flügel. Der »Wiener Kreis« vertrat eine wissenschaftstheoretische Position, die sich an Logik und Empirismus orientierte und jede Form von Metaphysik ablehnte. Da der Positivismus aufgrund seiner Fokussierung auf Oberflächenphänomene heute eher einem rückschrittlichen Wissenschaftsverständnis zugeordnet werden muss und sein emanzipatorisches Potential lange verbraucht ist, stellt Sandner die für Neurath wichtigen politischen Implikationen der »wissenschaftlichen Weltauffassung« des »Wiener Kreises« dar: Neurath ging es um die wissenschaftliche Bereitstellung rationaler Argumente für eine mögliche neue Gesellschaftsorganisation als ermächtigende

Unterstützung und Informierung demokratischer Prozesse. Er war dabei weder Technokrat, unpolitischer Neutralist noch Befürworter von Expertenherrschaft. Wissenschaft solle nicht unmittelbar politisch sein, sie soll vielmehr das Ideologische zurücktreten lassen und gestalterisches Handeln in Gang setzen. Einen Zusammenhang von Wissenschaft und Politik sah Neurath darin, dass »Utopien [...] keine Visionen phantasiebegabter Illusionisten, sondern wissenschaftlich konstruierte Entwürfe des Möglichen [darstellen]. Darauf aufbauend entwickelte Neurath seine spezifische Kombination aus Utopistik, Gesellschaftstechnik und Vollsozialisierung« (ebd.: 115). Sandner arbeitet heraus, dass Neuraths Auffassung nicht als Technokratismus verstanden werden darf: »Für ihn war Wissenschaft vor allem ein Instrument zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen.« (ebd.: 298)

EMIGRATION

Nach dem Februar 1934 flüchtete Neurath ins Exil und machte über Umwege Station in den Niederlanden, wo er in Den Haag unter widrigeren Umständen und mit kleiner Besetzung bildstatistische Auftragsarbeiten anfertigte und einen bescheidenen Lebensstil pflegen konnte. In dieser Zeit konnten auch einige internationale Kooperationsprojekte fortgeführt oder gestartet werden, weshalb Neurath auch Reisen in die USA (Herbst 1936) und nach Mexiko (Jänner 1937) unternahm. Mit dem Einmarsch der Nazis flüchtete er weiter nach Großbritannien, wo er vorerst als *enemy alien* bis Februar 1941 internierte war.

Auf Einladung des Fabianisten G. D. H. Cole (1889–1959) unterrichtete Neurath an der Oxforder Universität die Ideen des »Wiener Kreises« und fand so den Weg nach Oxford, wo er sein Leben beruflich und privat zuletzt angenehm gestalten konnte. Die Neugründung eines *Isotype Institute* in Oxford gelang mit größerer Unterstützung, die Auftragslage war annehmbar und konnte auch um den Bereich von medizinischen und politisierenden Dokumentarfilmen erweitert werden.

Um seinen nach dem Februar 1934 in Österreich verbliebenen Bruder Wilhelm nicht in Gefahr zu bringen, verzichtete Neurath auf Korrespondenz und sollte für viele Jahre nichts von ihm hören. Eine Kontaktaufnahme im Dezember 1945 scheiterte an Ottos überraschendem Tod. Neurath starb am 22. Dezember 1945 in Oxford. Wenige Tage vor seinem Tod entstanden einige Portraitfotos (darunter das Coverbild des Buches von Sandner), die Neuraths humorvolle Lebenseinstellung zum Ausdruck bringen.

Sohn Paul blieb nach dem Februar 1934 in Wien, wurde wegen politischem Aktivismus im März 1938 verhaftet und in die KZ Dachau sowie Buchenwald gebracht. Im Mai 1939 wurde er freigelassen und konnte im schwedischen Exil als Metallarbeiter Arbeit finden. 1941 erlangte er ein Visum für die USA, studierte bei Lazarsfeld Soziologie und Statistik in New York und begann eine erfolgreiche Universitätskarriere.

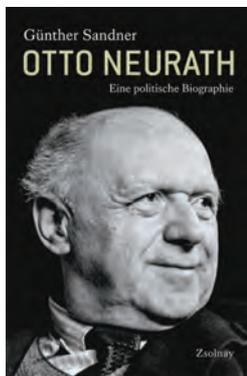
»POLITISCHE BIOGRAPHIE«

Ohne jemals hagiographische Züge anzunehmen, präsentiert Günther Sandner Neurath in sympathischer Weise als originellen Intellektuellen und politisch bewussten Forscher, als streitlustigen Wissensdemokratisierer und zuversichtlichen Utopisten, als Womanizer und als »witzigsten Mann von

Wien«, über den viele Anekdoten zusammengetragen werden können. Die Kontextualisierung von Neuraths Schaffen, die tiefen Einblicke in seine Denkweise und das Zusammentragen von wohlwollenden wie kritischen Auffassungen über seine Arbeit machen dieses Buch zu einem wichtigen Beitrag über eine intellektuelle Schlüsselfigur der Sozialdemokratie, der noch dazu hervorragend verfasst ist. Neuraths Konzepte können heute zwar weder in der Ökonomie, der Wissenschaftstheorie noch der Politik unmittelbar übernommen werden; wertvolle Impulse für eine Verbindung von wissenschaftlicher Gesellschaftsanalyse, Projekten der politischen Selbstermächtigung und progressiver Gesellschaftspolitik hätten sie aber jedenfalls zu bieten. 

ARMIN PULLER

ist Redaktionsmitglied der ZUKUNFT.



Günther Sandner
OTTO NEURATH
Eine politische Biographie
Zsolnay, Wien 2014,
352 Seiten, 25,60 €



WIEN.blicke

MUSA



Leichtes Spiel für »Dritte Männer«

In seinem Buch »Die Schattenstadt« geht Emil Bobi der Frage, warum Wien die »Welthauptstadt der Spionage« ist. Ausgehend von diesem Buch skizziert der Terrorismusexperte Thomas Riegler, warum Österreich laut Bobi für die USA ein »europäisches Guantanamo« sei, wo man Dinge tun kann, die anderswo strikt verboten sind.

Seit Carol Reeds Klassiker »Der dritte Mann« (1948) gilt Wien als eine Spionagestadt. Daran hat sich bis heute nichts geändert: Zuletzt hat ein angeblicher geheimer Horchposten der National Security Agency (NSA) in Wien-Währing und die Tatsache, dass ein »Maulwurf« innerhalb des deutschen Bundesnachrichtendienstes (BND) sich mit amerikanischen Führungsoffizieren in Österreich traf, für Aufsehen gesorgt. Aber die Agenten bespitzeln sich nicht nur gegenseitig, sondern spionieren auch heimische Ziele aus: Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Forschung, Verteidigungspolitik und Energiewirtschaft. Deswegen hat das für die Abwehr zuständige Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) in seinem alljährlichen Bericht wieder einmal Alarm geschlagen.

Die Spionageaktivitäten ausländischer Nachrichtendienste in Österreich sind »ungebrochen hoch« und stellen die Fahnder vor »große Herausforderungen: »Besonders bei Cyber-/Hack-Attacken tritt die Schwierigkeit auf, die eigentlichen Urheber ausfindig zu machen, da diese auf Grund der angewendeten Vorgehensweise nur schwer identifizierbar sind.« Trotz der sich ständig weiterentwickelnden technischen Möglichkeiten habe die »herkömmliche« Geheimdienstarbeit aber nicht an Bedeutung verloren: »Im Gegenteil: Klassische Spione mit großem Engagement für ihr Heimatland sind nach wie vor in einer überdurchschnittlichen Zahl im Einsatz und können eine Gefahr für die Sicherheit und Souveränität der Republik Österreich darstellen.«

»DIE SCHATTENSTADT. WAS 7.000 AGENTEN ÜBER WIEN AUSSAGEN«

Dass ausgerechnet das vergleichsweise als ruhig und »harmlos«

geltende Österreich einen solchen Stellenwert in der Halbwelt der Spionage einnimmt, überrascht die Öffentlichkeit immer wieder. Tatsächlich gibt es gewichtige Gründe für diese Entwicklung. Kürzlich hat der Enthüllungsjournalist Emil Bobi ein neues Buch vorgelegt – mit dem Titel »Die Schattenstadt. Was 7.000 Agenten über Wien aussagen«. Die zentrale Frage, der Bobi nachgeht, ist, warum eben gerade Wien zur »Welthauptstadt der Spionage« geworden ist und noch heute als »globaler Umschlagplatz für Geheimdienstinformationen aller Art gilt«. Seine zentrale These lautet: »Der Grund ist nicht, wie immer behauptet wird, der Kalte Krieg und nicht die Attraktivität der Stadt, sondern: Der Wiener und sein Wesen. [...] Geheimdienstler fühlen sich in seiner Gegenwart verstanden, geborgen, bedient. Sie treffen auf ein mentales Milieu, das ihnen bekannt erscheint und entgegenkommt. Denn mit Geheimnissen zu handeln, ist im tieferen Sinn eine der Urkompetenzen der Wiener Gesellschaft, die als Produkt ihrer besonderen politischen und psychosozialen Geschichte geradezu eine Volkskultur der Spionage hervorgebracht hat. Der Wiener ist ein Natur-Agent. Und seine Stadt ein wahres Schlaraffenland für Geheimdienstler.« (S. 11/12)

»VIELES IST HIER ERLAUBT, WAS ANDERSWO NICHT GEHT«

Bobi erklärt die Anziehungskraft Wiens für Spione also mentalitätsgeschichtlich. Die »rätselhaften Päckeleien mit der Halbwelt« seien Produkt einer traditionellen Überlebensphilosophie, die im Lichte der Realität ihre Berechtigung habe: »Den Vorteil nehmen, anstatt sich der Konfrontation auszusetzen, mitkassieren, statt anzustreifen. Man kann ohnehin nichts ändern, die Obrigkeiten nicht brechen; aber man kann sein eigenes Auskommen arrangieren.« (S. 23) Das neutrale Ös-

terreich habe somit einen auf den ersten Blick paradox anmutenden Weg gefunden, für stabile Verhältnisse zu sorgen: Allen potentiellen »Unruhestiftern« ein Umfeld zu bieten, in dem sie sich wohlfühlen und ungestört ihren Aktivitäten nachgehen können – solange nichts »passiert« und damit Österreichs eigene Sicherheit betroffen ist. Dazu hält Bobi fest: »Spione sind willkommen und gegen die eine oder andere Gegenleistung erfahren sie alles, was man hier weiß. Dafür wird die Stadt selbst verschont: Die Geheimdienste, die Mafia-Größen, die Großkriminellen, die terroristischen Schläfer und die anderen Schattenfiguren der Macht nutzen Wien als Ruheraum, bringen ihre Schäfchen ins Trockene, genießen das Bankgeheimnis und das einschlägige Verständnis der Stadt für ihre Zielgruppe. Ihren Organisationen ist es strikt verboten, in dieser Stadt aufzufallen oder gar Schießübungen zu veranstalten. Tatsächlich ist Wien, verglichen mit der Dichte der anwesenden einschlägigen Personen, unverhältnismäßig ruhig.« (S. 137)

In einem Interview für »Cicero« hat Bobi seine Argumentation in Bezug auf die USA noch etwas zugespitzt: »Für die Amerikaner ist Wien so etwas wie ein europäisches Guantanamo, wo vieles erlaubt ist, was anderswo nicht geht. Die Amerikaner betreiben Guantanamo als quasi rechts-neutrales Gebiet, wo sie Dinge tun dürfen, die auf US-Staatsgebiet illegal wären. Im vorliegenden Fall dürfen sie in Österreich Dinge tun, die in Deutschland illegal wären.«

LAXE STRAFEN FÜR SPIONAGE

Was sind nun diese Standortfaktoren, die Spionage in Österreich so begünstigen? Das wichtigste Element ist die Rechtslage. Wer laut § 256 einen »Geheimen Nachrichtendienst zum Nachteil der Republik Österreich« betreibt, muss höchstens mit drei Jahren Haft rechnen. Wer einen »militärischen Nachrichtendienst« für einen fremden Staat betreibt (§ 319), kommt mit zwei Jahren davon. Entscheidend aber ist vor allem, dass Spionage praktisch erlaubt ist – solange Österreich nicht betroffen ist.

INEFFIZIENTE ABWEHR

Die Einhaltung dieser ohnehin laxen Bestimmungen wird nicht einmal besonders effektiv überwacht. Noch bis zur Gründung des Bundesamts für Verfassungsschutz (BVT) im Jahr 2002 hatte die bis dahin zuständige Staatspolizei neben der »Wahrnehmung staatsfeindlicher Vorgänge« noch zahlreiche weitere Aufgaben zu erfüllen: Schutz verfassungsgesetzlicher Einrichtungen, Personenschutz für den Bundespräsidenten

und Mitglieder der Bundesregierung, Schutz von ausländischen Konsulaten und Staatsbesuchen sowie Überprüfung von Flüchtlingen und Asylwerbern. In Wien standen dafür Mitte der 1980er-Jahre nur »etwa« 120 Mann zur Verfügung, in den Bundesländern rund 20. So überrascht es auch nicht, dass ein Beamter damals zum »Kurier« sagte, dass man ausländische Spione außen vorlasse: »Solange sie mit ihrer Tätigkeit Österreich aus dem Spiel lassen, ist uns das wurscht.« An dieser Einstellung hat sich nichts geändert: Wie der Ex-BVT-Chef Gert-René Polli kürzlich kritisch angemerkt hat, ist an eine »effiziente Spionageabwehr« nicht zu denken, auch weil diese politisch nicht gewollt sei.

»STILLER PARTNER«

Ein Kurswechsel sei deshalb so schwierig, weil Österreich in einem besonders neuralgischen Bereich – der Internet- und Telekommunikationsüberwachung – stillschweigend mit den USA kooperiert. Diese Zusammenarbeit reicht bis in den frühen Kalten Krieg zurück. Die Amerikaner waren nicht nur an der Aufstellung des heutigen Heeresnachrichtenamts (HNA) federführend beteiligt, sondern sorgten auch für die technische Ausstattung. 1958 wurde auf der Königswarte bei Hainburg in unmittelbarer Nähe des Eisernen Vorhangs eine Lauschstation eingerichtet. Weitere, meist kleinere Peilstationen wurden in Neulengbach und Großharras (Niederösterreich), Gols (Burgenland), Pirka bei Graz und Stockham bei Wels errichtet. Die österreichischen Horchstationen waren Teil einer Peilkette, die sich von Norwegen über Deutschland bis nach Italien zog. Während letztere Staaten NATO-Mitglieder waren, galt Österreich zumindest auf dem Papier als »neutral«. Die Anlagen wurden auf Kosten der USA ständig erneuert und waren laut »profil« so leistungsstark, dass Tischgespräche in dem wenige Kilometer von Hainburg entfernten Bratislava belauscht werden konnten.

Auch heute noch ist Österreich ein diskreter Partner der NSA. Der US-Journalist Glenn Greenwald vermutet: »Man sammelt vielleicht gemeinsam Daten aus Afghanistan oder nimmt bestimmte Organisationen ins Visier.« Im Visier der NSA dürfte sich weiters ein international relevanter Internetknoten befinden, der Vienna Internet Exchange (VIX). Über solche Knoten läuft der Großteil des weltweiten Datenverkehrs, was es leicht macht, in großem Stil Informationen abzusaugen. Deshalb ist sich Michael Sika, früherer Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, sicher, dass Wien für die USA nach wie vor ein »wichtiger Posten« ist. Gegenüber Bobi gibt er an: »Aus österreichischer Sicht ist es mehr ein Geben

als ein Nehmen. Die Amis haben überhaupt kein Gefühl dafür, anderen zu helfen, wenn sie selbst keinen Vorteil haben. Das HNA hat immer schon sehr erfolgreich spioniert und seine Erkenntnisse immer sehr brav weitergegeben.«

BEGEGNUNGORT MIT »HOHER LEBENSQUALITÄT«

Während die politischen Vorgänge in Österreich für ausländische Geheimdienste nur mäßig interessant sein dürften, gibt es hier viel zu »holen«: Wien ist ein »Begegnungsort« geblieben. Zahlreiche internationale Organisationen haben hier ihren Sitz – angefangen von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), über die Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) bis hin zur Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) und der Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO). Weiters sind hier wichtige Botschaftsstützpunkte angesiedelt: Neben dem Iran verfügt etwa Russland in der Donaustadt seit den 1980er-Jahre über eine regelrechte »Stadt in der Stadt«, eine der größten Vertretungen weltweit.

Viele dieser Einrichtungen sind nicht nur auszuspähende Ziele, sondern auch selbst mit Spionen durchsetzt: Es wird geschätzt, dass die Hälfte der rund 17.000 in Wien akkreditierten Diplomaten Geheimdienstverbindungen unterhält. Auch in diesem Falle gibt es von politischer Seite kein Interesse, den status quo zu ändern. Max Edelbacher, früherer Chef des Wiener Sicherheitsbüros, vermutet in Hinblick auf die Verantwortlichen: »Sie nehmen das halt in Kauf, um Wien als diplomatische Drehscheibe aufrechtzuerhalten. Das hat auch ökonomische Effekte.« An dieser Stelle spielen dann noch Faktoren wie das Bankgeheimnis, das die Alpenrepublik zu einem beliebten Ort für Geldwäsche und andere undurchsichtige Geschäfte gemacht hat. Und schließlich ist Wien von den geographischen Gegebenheiten ein »Tor« nach Osteuropa und den Balkanraum sowie ein Verkehrsknotenpunkt mit vielen Direktflugverbindungen in den Nahen Osten.

HISTORISCHE ANFÄNGE

So richtig begonnen hatte die Geschichte der Spionagestadt Wien nach Kriegsende 1945: Damals richteten sich die Geheimdienste ein. Betrachtet man diese Entstehungsphase, dann bleibt von der Spionageromantik freilich wenig über. So war ursprünglich die Hauptaufgabe des in Österreich eingesetzten *Counterintelligence Corps* (CIC), des Geheimdiensts der US-Armee, gewesen, NS-Verbrecher zu jagen. Doch durch den Kalten Krieg verschob sich die Priorität schon innerhalb

weniger Monate hin auf die Beobachtung der sowjetischen Besatzungsmacht. Österreich wurde ab diesem Zeitpunkt zu einem Basar der Spione. Ein pensionierter CIA-Offizier beschrieb es anschaulich so: Alle möglichen ehemaligen Angehörigen von Abwehr, Gestapo, Reichssicherheitshauptamt (RSHA) Amt VI und faschistischer Organisationen aus Zentral- und Südeuropa hätten den Nachrichtendiensten fabrizierte Informationen feilgeboten, um die man sich dann gestritten hätte, »wie so viele Frauen in der Schnäppchenabteilung von Macy's am Tag nach Weihnachten«.

Ein Bericht für die CIA von 1949 listet insgesamt 17 verschiedene nachrichtendienstliche Gruppen auf, die zu diesem Zeitpunkt in Österreich aktiv waren: Neben dem unter Anleitung von Maximilian Ronge im Aufbau befindlichen Militärgeschwader verfügten auch die Großparteien SPÖ und ÖVP über eigene Informations-Dienste, ebenso wie die katholische Kirche. Hinzu kamen zwei jeweils für Großbritannien und Frankreich tätige Netzwerke. Fünf weitere dieser selbstständig operierenden und miteinander konkurrierenden Organisationen wurden von ehemaligen SD-Mitarbeitern, SS- und HJ-Angehörigen angeführt. Das CIC hatte seit 1946 in diesen Kreisen rekrutiert: Eine Untersuchung des US-amerikanischen *Office of Special Investigations* (OSI) kam 1988 zum Schluss, dass das CIC in Österreich 13 ehemalige Funktionäre des NS-Sicherheitsapparats anwarb und man über Tausende von Informanten verfügte.

Für das CIC galt sprichwörtlich die Philosophie, wonach der Zweck die Mittel heiligt. Die Mitgliedschaft in der SS oder einer anderen NS-Organisation war kein Kriterium, um als Informant abgelehnt zu werden. Das ehemalige NS-Sicherheitspersonal nützte jedenfalls diese Schwäche aus und war bestrebt, so viel Eigennutzen wie möglich aus der Kooperation mit den westlichen Diensten zu ziehen. Letztere wiederum schnitten sich ins eigene Fleisch: Denn die »braune« Vergangenheit machte erpressbar. Und auf diese Weise wurden beispielsweise im BND hochrangige Mitarbeiter von östlichen Geheimdiensten als »Maulwürfe« angeworben und richteten beträchtlichen Schaden an.

NS-VERBRECHER IN AMERIKANISCHEN DIENSTEN

In Österreich gibt es zahlreiche Beispiele für diese unheilige Allianz: Wilhelm Höttl, ehemals SS-Obersturmbannführer und 1938–1945 Referent im Ausland-Sicherheitsdienst (SD). Nach Kriegsende 1945 machte Höttl eine erstaunliche zweite

Karriere: als Autor, honorierter Gründer des Privatrealgymnasiums in Bad Aussee und, wegen seines Spezialwissens über Ungarn und den Balkanraum, als Spion verschiedener Geheimdienste. Deswegen entließ die US-Armee Höttl im Dezember 1947 aus der Haft und verweigerte seine Auslieferung an eines der österreichischen Volksgerichte, die damals gegen NS-Täter vorgingen. Schon 1948/49 führte Höttl im Auftrag des CIC ein großangelegtes Spionageunternehmen durch. Gemeinsam mit den ehemaligen Waffen-SS-Angehörigen Erich Kernmayer und Karl Kowarik installierte er für das CIC Field Office Gmunden Anfang Juli 1948 zwei Agenten-Netzwerke, die schon ein Jahr später aufgelöst wurden. Über Monate seien keine Informationen übermittelt worden, die sich nicht als unrichtig, als Gerücht oder als aus Zeitungen abgeschrieben erwiesen. Trotzdem war Höttl auch danach noch für die Organisation Gehlen (Vorgänger des BND) und den französischen Geheimdienst tätig.

In den 1970er-Jahren erinnerte sich Höttl folgendermaßen an seine Zeit beim CIC: »Die Amerikaner hatten sich überhaupt nicht dafür interessiert, wo der Mann vorher war, ob er bei der Waffen-SS oder bei der Allgemeinen SS gewesen war. Er hätte genauso gut ein Treblinka- oder Auschwitz-Mann sein können, das war denen ganz gleich [...]. Nach der ersten Hasswelle von Nürnberg, die 1946 abebbte, begann schon 1947 die Fraternisierung speziell mit der SS, weil sie als verlässlichste Waffe angesehen wurde.« Weitere »Quellen« des CIC in Österreich waren unter anderem Otto von Bolschwing, ein enger Mitarbeiter von Adolf Eichmanns oder Jan Robert Verbelen: Der 1947 wegen Mordes an belgischen Widerstandskämpfern zum Tode verurteilte SS-Offizier führte für das CIC bis 1957 das Wiener Netz »Herbert«, vor allem um die KPÖ auszuspionieren. Anschließend arbeitete Verbelen noch bis 1955 für die CIC-Abteilung in München, um danach noch für die österreichische Staatspolizei als Informant tätig zu sein.

»ALLES LÄNGST AUSGEKUNDSCHAFTET«

Wien verlor seine Wichtigkeit als Spionagedrehscheibe zu keinem Zeitpunkt des Kalten Krieges: Die Nähe zum Eisernen Vorhang prädestinierte die Stadt als Ausgangspunkt für Geheimoperationen, »Schleusungen« und Kontaktstelle für Agenten beider Lager. Ernsthafter Schaden für Österreich wurde schon damals nicht befürchtet. Die Sicherheitsbehörden, berichtete der »Kurier« 1983, gingen davon aus, dass »alles, was bei uns des Auskundschaftens wert wäre, längst ausgekundschaftet ist und es den Geheimdiensten bloß noch darum geht, sich über aktuelle Entwicklungen auf dem Laufenden zu

halten«. Laut Grolig hatte die Staatspolizei Mitte der 1980er-Jahre rund 6.000 »einschlägige« Personen registriert, darunter zirka 40 Prozent des Personals östlicher und einen geringeren Prozentsatz westlicher diplomatischer Vertretungen. Doch die »Dunkelziffer« wurde als doppelt so hoch angenommen. Österreich sei ein »bequemes Land für Treffen mit westdeutschen Quellen« gewesen, bestätigte 2003 Markus Wolf, der zwischen 1952 und 1986 die »Hauptverwaltung Aufklärung« der Stasi leitete, im Nachhinein. »Wir konnten mit Diplomatenpässen einreisen, auch war es auf Grund des großen Fremdenverkehrs leicht.«

»RUHERAUM« AUCH FÜR TERRORISTEN, STÜTZPUNKT DER OST-MAFIA

Wenn man seitdem über die »Stadt der Spione« spricht, sollte man andere Akteure der »Schattenwelt« nicht außer Acht lassen – Terroristen zum Beispiel: Mitglieder der Roten Armee Fraktion hielten sich in den 1980er-Jahren und Anfang der 1990er-Jahre immer wieder in Wien auf. Österreich fungierte als Transitland, um nach Anschlägen in der BRD nach Skandinavien, in Ost-Blockstaaten oder in den Libanon weiterzureisen – je nachdem, wo sich die Gruppe gerade besonders sicher fühlte. Nur einmal kam es zu einer größeren Operation westdeutscher Terroristen in Österreich selbst – die Entführung von Walter Palmers durch die »Bewegung 2. Juni« 1977. Die daran beteiligte Inge Viett schrieb bezeichnenderweise in ihren Memoiren: »Wien ist keine Stadt für revolutionäre Aktivitäten. Es ist eine Stadt für Agenten, Ganoven, für Spießbürger und ihre Politiker, gerade richtig für die Entführung eines Industriellen.« Die meisten Anschläge wurden aber in den 1970er- und 1980er-Jahren von arabischen Gruppen verübt, wenngleich Österreich im Vergleich zu anderen europäischen Ländern noch glimpflich davonkam. Wie das Beispiel der Abu-Nidal-Organisation zeigt, wurde auch der Bankplatz Wien ausgiebig genutzt. Um das »Terrorgeld«, das seit 2000 auf Konten der Bank Austria eingefroren ist, wird immer noch vor Gericht gestritten.

Österreich, so sind sich Experten sicher, wird nach wie vor als »Ruheraum« für sogenannte »Schläfer« (Personen, die darauf warten, für einen Terroranschlag aktiviert zu werden) verwendet. Und auch für den Jihad wird hierzulande mobilisiert – nach Angaben des Innenministeriums vom August 2014 kämpfen mittlerweile bereits 130 Personen aus Österreich als Jihadisten im Ausland, sind von dort zurückgekehrt oder auf dem Weg zu Kriegsschauplätzen. Die Möglichkeiten des BVT dagegen einzuschreiten, sind begrenzt – sofern nicht ein

strafrechtlicher Verdacht vorliegt, müssen sich die Verfassungsschützer aufs Überwachen beschränken. Liegen nach maximal neun Monaten keine Hinweise auf eine konkrete Gefahr oder eine bevorstehende Straftat vor, müssen alle gesammelten Daten gelöscht werden.

Damit nicht genug ist Wien schon seit den 1990er-Jahren ein wichtiger Stützpunkt der organisierten Kriminalität: »Fast alle kriminellen Bosse, die heute in Russland im Kampf um die Macht der Oligarchen mitmischen, hatten oder haben Residenzen an der schönen blauen Donau«, meint dazu der deutsche Experte Jürgen Roth. Die österreichischen Behörden ließen auch in diesem Fall gewähren. Man behielt das rege Kommen und Gehen im Auge – für ein aktives Einschreiten fehlte die Rechtfertigung und Anfragen bei osteuropäischen Stellen verliefen in der Regel ergebnislos.

WENN MAN DANN DOCH EINMAL FARBE BEKENNEN MUSS

Obgleich es quasi die Essenz des österreichischen Weges ist, sich in all diese Machenschaften nicht einzumischen, bleibt manchmal kein anderer Ausweg, als Farbe zu bekennen. In diesen haarigen Situationen macht die Republik aber keine besonders gute Figur: Als sich 2007 eine junge Ukrainerin unter ungeklärten Umständen auf dem Grundstück der Wiener Villa von Saif Gaddafi (dem Sohn des gestürzten libyschen Diktators) lebensgefährlich verletzte, reiste dieser nur wenige Stunden später ab – an Bord des Jets eines österreichischen Bauunternehmers. 2011 wurde dann ein mit Interpol-Haftbefehl gesuchter ehemaliger KGB-Offizier am Wiener Flughafen verhaftet. Nach massiven Interventionen der russischen Botschaft wurde Mikhail Golovatov freigelassen, was diplomatische Verstimmungen mit Litauen zur Folge hatte. In einer ähnlich gelagerten Causa, rund um den unter Mordverdacht stehenden kasachischen Ex-Botschafter Rakhmat Aliyev, verweigerte Österreich 2007 und 2011 dessen Auslieferung. Um die guten wirtschaftliche Kontakte mit Kasachstan nicht zu stören, wurde Aliyev aber aufgefordert, Österreich zu verlassen. Er tat dies mit einem eigens für ihn ausgestellten Fremdenpass und hielt sich in Malta auf – bis er 2014 nach einer freiwilligen Rückkehr verhaftet wurde.

»WASCH MIR DEN PELZ, ABER MACH MICH NICHT NASS«

Um damit abschließend noch einmal auf Bobis Buch zurückzukommen: Es gibt Städte, die sich mit der Wiener Situation vergleichen lassen. So ist Genf in der neutralen Schweiz nicht

nur der Sitz des Roten Kreuzes und ein wichtiger UNO-Standort, sondern darüber hinaus eine Spielwiese für Rohstoffhändler, Waffenschieber und Terroristen. Offenbar begünstigt das Zusammenspiel von Geografie, Mentalität und lang gewachsener historischer und sozialer Strukturen das Entstehen von »Hotspots« für alle möglichen halbseidenen oder gar kriminellen Aktivitäten. Der wichtigste Faktor bleibt aber das simple sich Nichteinmischen-Wollen auf politischer Ebene, solange es den eigenen Interessen dienlich ist – oder anders ausgedrückt: »Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass.« Eine alles andere als sympathische Strategie, die aber bislang relativ erfolgreich gefahren wurde. Wer mehr darüber erfahren will, was den Wiener Fall so speziell macht, ist bei Bobi gut aufgehoben. 

THOMAS RIEGLER

ist Historiker und arbeitet in Wien.



Emil Bobi
DIE SCHATTENSTADT
Was 7.000 Agenten über
Wien aussagen
Ecowin, Wien 2014,
208 Seiten



WIEN.BLICHE, Reinhard Mandl - MUSA
20., Hellwagstraße, 2011

Kunst, Mafia & Austerität



Markus Metz, Georg Seeblen GELD FRISST KUNST

Dass die bürgerliche Emanzipation der Kunst von Kirche und Adel keineswegs nur Autonomie, sondern auch einen paradoxen Markt des Unmarktförmigen mit eigenen Herr/Knecht-Verhältnissen hervorgebracht hat, ist nichts Neues.

Doch mit der Herausbildung einer globalisierten Kunstbörse erhält diese Dialektik eine neue, durch immer krudere Kurzschlüsse von Kunstgeld und Geldkunst geprägte Qualität.

SUHRKAMP, 496 Seiten, 20,60 Euro



Daniel Schreiber NÜCHTERN

Lange Zeit gehörte das Trinken so selbstverständlich zu Daniel Schreibers Leben wie die Arbeit. Manchmal fragte er sich, ob er nicht dabei war, eine Schwelle zu übertreten, doch meistens war die Rechtfertigung so griffbereit wie das nächste Glas Wein. Bis ihm irgendwann klar wurde, dass er längst dabei war, sein Leben zu zerstören – und sich Hilfe suchte.

HANSER, 160 Seiten, 17,40 Euro



John Dickie OMERTÀ

Camorra, Cosa Nostra, 'Ndrangheta – sie stehen für Korruption, Subventionsbetrug, Menschenhandel, Erpressung und Mord. Alle drei haben ihre Herrschaft international etabliert. Ihren blutigen Werdegang von einstmaligen lokalen Verbrecherorganisationen zu international

kooperierenden Unternehmen erzählt der Historiker John Dickie auf Grundlage umfangreicher Recherchen.

S. FISCHER, 896 Seiten, 25,70 Euro



The Bodleian Library LEITFADEN FÜR BRITISCHE SOLDATEN

Als sich die britischen Soldaten 1944 auf den Weg nach Deutschland machten, steckte dieses Büchlein in ihren Hosentaschen. Eine Anleitung, wie mit Deutschen umzugehen sei, ein Attest der britischen Zivilisiertheit und eine Warnung vor einem »merkwürdigen Volk«. Die

Soldaten sollten psychologisch geschult werden, um nicht auf die Propagandamittel der Nazis hereinzufallen.

KIENPHEUER & WITSCH, 160 Seiten, 8,30 Euro

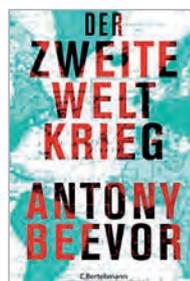


Florian Schui AUSTERITÄT

In Zeiten der Krise tritt die Politik der Sparsamkeit auf den Plan: Was könnte tugendhafter sein, als Verschuldung mit Verzicht und Enthaltensamkeit zu begegnen? Florian Schui betrachtet unsere heutige Diskussion im Kontext der jahrhundert-

alten Ideengeschichte der Austerität – einer Idee, die sich in der Wirtschaftspolitik hartnäckig hält, obwohl sie sich für die Bewältigung von Wirtschaftskrisen Mal um Mal als großer Fehler erwiesen hat.

BLESSING, 256 Seiten, 20,60 Euro

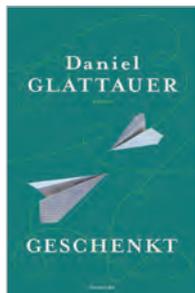


Antony Beevor DER ZWEITE WELTKRIEG

Antony Beevor, angesehener britischer Historiker, entwirft ein globales Panorama, das die großen Zusammenhänge dieses Krieges ebenso transparent macht wie die herrschenden politisch-ideologischen Kräfte, das Ursachen und Folgen umfassend und in bisher einmaliger Prägnanz verdeutlicht. Und er verliert dabei nie jene aus den Augen, für die dieser monströse Krieg unermessliches Leid bedeutete.

C. BERTELSMANN, 976 Seiten, 41,20 Euro

Boulevard, Arbeiterklasse & Kairo



Daniel Glattauer
GESCHENKT

Gerold Plasek ist Journalist bei einer Gratiszeitung. Bei ihm im Büro sitzt der 14-jährige Manuel, dessen Mutter im Ausland arbeitet. Er beobachtet Gerold beim Nichtstun und ahnt nicht, dass dieser Versager sein Vater ist. Gerold fehlt jeder Antrieb, die Stammkneipe ist sein Wohnzimmer und der Alkohol sein verlässlichster Freund. Plötzlich kommt Bewegung in sein Leben.

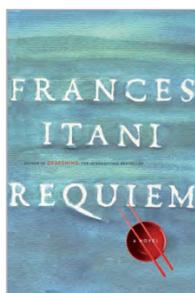
DEUTICKE, 336 Seiten, 20,50 Euro



Franz Schuh
SÄMTLICHE LEIDENSCHAFTEN

»Ich will hier nur eines erzählen, nämlich wie ich Lili, die mich natürlich auch verlassen hat, eines Tages kennenlernte.« Der Erzähler – er heißt wie der Autor Franz Schuh – ist Mitte sechzig, ein Künstler in Wien, der eher schlecht als recht von seiner Kunst leben kann. Deshalb verdingt er sich als Frühstückskoch im Café Formanek. Eines Morgens lernt er die Filmstudentin Lili Fichte kennen.

ZSOLNAY, 224 Seiten, 15,99 Euro



Frances Itani
REQUIEM

Frances Itani widmet sich einem bislang wenig bekannten Kapitel kanadischer Geschichte: der Internierung aller Bürger japanischer Abstammung nach dem Angriff auf Pearl Harbor. Auch Bins Familie, seine Geschwister Hiroshi und Keiko, seine Eltern, werden eines frühen Morgens, zu Beginn des Jahres 1942, abgeholt und weit fortgebracht, fort von ihrem Haus auf Vancouver Island, fort von dem Leben, das ihres war.

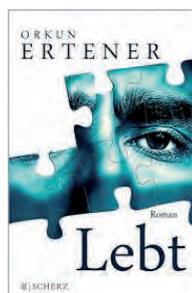
BERLINVERLAG, 352 Seiten, 20,60 Euro



Aurélie Filippetti
DAS ENDE DER ARBEITERKLASSE

Aurélie Filippettis Vater Angelo, Sohn italienischer Immigranten, war Minenarbeiter und kommunistischer Bürgermeister in Lothringen. Ihr Großvater arbeitete ebenfalls unter Tage und kämpfte in der Résistance. Geprägt vom Algerienkrieg, der Frankreich spaltete, und tief getroffen von wirtschaftlichen Desillusionierungen waren Minenarbeiter wie sie die letzten Kämpfer gegen die Ausbeutung ihrer Region.

S. FISCHER, 192 Seiten, 19,60 Euro



Orkun Ertener
LEBT

Während der Arbeit an der Autobiographie der prominenten Schauspielerin Anna Roth wird Ghostwriter Can Evman auf schockierende Weise mit seiner eigenen Lebensgeschichte konfrontiert: Seine Eltern, die vor fünfunddreißig Jahren bei einem Unfall ums Leben kamen und ihn als achtjähriges Kind traumatisiert zurückließen, scheinen in Wahrheit einem Verbrechen zum Opfer gefallen zu sein.

SCHERZ, 640 Seiten, 20,60 Euro



Olen Steinhauer
DIE KAIRO-AFFÄRE

Ein US-amerikanischer Diplomat wird in einem Budapester Restaurant vor den Augen seiner Frau Sophie erschossen. Ein CIA-Analytiker mit libyschen Wurzeln taucht ab und verschwindet spurlos. Kurz darauf wird ein zweiter Diplomat ermordet, diesmal in Kairo. Der Arabische Frühling wirbelt die Machtverhältnisse in Nordafrika durcheinander und fordert Opfer auf allen Seiten.

BLESSING, 496 Seiten, 20,60 Euro

Die Rolle der Geldpolitik in der Krise

Unmittelbar nach Krisenausbruch haben die expansiven wirtschaftspolitischen Maßnahmen in den USA moderat positive Wachstumsraten und sinkende Arbeitslosenquoten zur Folge gehabt. Die Eurozone hingegen durchlebte nach dem schweren Wirtschaftseinbruch im Jahr 2009 eine weitere Rezession in den Jahren 2012 und 2013. Der Aufschwung seither ist verhalten und das erwartete, ohnehin schwache Wachstum für die kommenden zwei Jahre wird in den aktuellen Prognosen laufend nach unten revidiert – auch, aber nicht nur als Folge der Sanktionen gegenüber Russland sowie der Gegensanktionen, deren ökonomische Wirkungen von den SanktionsarchitektInnen bei weitem unterschätzt werden. Der wesentliche Grund für den düsteren konjunkturellen Ausblick ist, dass die Investitionen eingebrochen sind.

Etwa ein Drittel der Bevölkerung der Eurozone lebt nun in Ländern mit Arbeitslosenquoten, die ähnlich hoch sind wie in den 1930er-Jahren des vorigen Jahrhunderts. Die Ursachen der Wachstumsunterschiede zwischen den USA und dem Euroraum sind vielfach: Die USA haben ihre Banken rasch restrukturiert – im Unterschied zu Europa zum Teil mit Erträgen für die SteuerzahlerInnen aus der staatlichen Bankenhilfe. Expansive Fiskal- und Geldpolitik haben den Entschuldungsprozess der hoch verschuldeten privaten Haushalte und Unternehmen begünstigt. Fiskalkonsolidierung setzte erst dann ein, als der Prozess der Entschuldung weitgehend abgeschlossen war.

In der Eurozone hingegen wurde die Bereinigung der Bankbilanzen viel zu lange hinausgezögert. Das Volumen notleidender Kredite und illiquider Vermögenswerte steigt – auch als Folge der Rezessionen – und erschwert die Kreditversorgung der realen Wirtschaft, insbesondere in den peripheren Staaten der Eurozone. Die Fiskalkonsolidierung startete bereits 2010 und manövrierte manche dieser Länder in eine Bilanzrezession. Die institutionellen Schwächen des Euroraums, insbesondere das Fehlen einer Fiskal- und Bankenunion, haben schließlich die Peripheriestaaten einer Liquiditätskrise und sich selbst erfüllenden Prophezeiungen ausgesetzt.

Seit Ende 2008 folgt die Geldpolitik der EZB einem expansiven Pfad, allerdings wurden Entscheidungen oft zu spät und zögerlich getroffen. Anfang 2008 lagen die geldpolitischen Zinssätze in den USA und im Euroraum bei ca 4 %. Schließ-

lich reduzierte die Federal Reserve Bank bis Ende 2008 den Zinssatz rasch auf 0,25 %, die EZB auf etwa 2 %, wobei sie zwischendurch den Zinssatz sogar erhöhte. Schließlich senkte sie den Zinssatz sukzessive auf zuletzt (4. September 2014) 0,05 %, wobei sie ihn im April und Juli 2011 temporär sogar erhöht hatte.

Auch in Hinblick auf nicht-konventionelle Maßnahmen der Geldpolitik war die EZB weniger expansiv als die amerikanische Notenbank (FED) – zuletzt ist die Bilanzsumme der EZB wieder stark gesunken. Im Dezember 2008 startete die FED mit einem Aufkaufprogramm, das auch Staatsanleihen beinhaltete. Auch die EZB hat ihre Bilanzsumme zunächst ausgeweitet, indem sie den Banken längerfristige Liquidität zur Verfügung stellte. Die Banken haben damit überwiegend Staatsanleihen gekauft, womit die Renditen auf Staatsanleihen insbesondere in den Krisenländern wieder gesunken sind. Schließlich hat die EZB im Mai 2010 ein Aufkaufprogramm für Staatsanleihen am Sekundärmarkt beschlossen. Insbesondere in den Krisenländern mussten nämlich Haushalte und Unternehmen noch immer hohe Zinsen zahlen, obwohl die geldpolitischen Leitzinsen gesunken waren, oder sie bekamen gar keine Kredite. Zwei Jahre später, am Höhepunkt der Eurokrise, wurde ein neues Programm von der EZB angekündigt, das es ihr erlaubt, Wertpapiere aufzukaufen. Dieses Programm wurde zwar bis heute nicht aktiviert, allein die Ankündigung hat aber dazu beigetragen, dass die Renditen auf Staatsanleihen erheblich gesunken sind. Bei den letzten EZB-Ratssitzungen wurden weitere Maßnahmen beschlossen, die die stockende Kreditvergabe an Haushalte und Unternehmen fördern sollen.

Insgesamt hatte die Geldpolitik der EZB einen weitaus weniger expansiven, stimulierenden Effekt, als jene der FED. Ihr primäres Verdienst war es, den Zusammenbruch der Währungsunion verhindert zu haben.

Kann die Geldpolitik überhaupt einen Beitrag leisten, um in der derzeitigen Situation die Konjunktur anzukurbeln? Ja, aber nur dann, wenn gleichzeitig öffentliche Investitionsprogramme aufgelegt werden und es zu einer Umverteilung der Einkommen und Vermögen kommt – angesichts von beinahe 20 Millionen Arbeitslosen im Euroraum sollte dies außer Streit stehen.

IRENE MOZART

ist Wirtschaftsforscherin in Wien.



Advertorial

EDITION **STEINBAUER**

Halbgasse 27/30, 1070 Wien, T/F: 523 0224
presse@edition-steinbauer.com
www.edition-steinbauer.com
Reingard Grübl-Steinbauer

Elisabeth Buxbaum
Des Kaisers Literaten
Kriegspropaganda zwischen 1914 und 1918
Hardcover, 320 Seiten
Format: 16,5 x 23,5 cm
ISBN: 978-3-902494-65-8
Preis: € 22,50/SFR 39,-



Zum Buch:

1914: Der Erste Weltkrieg forderte schon nach wenigen Monaten Tausende Opfer. Die anfängliche Begeisterung geriet rasch ins Wanken.

Im k. u. k. Kriegspressequartier wurden Autoren zu Propagandaaufgaben verpflichtet. Sie schrieben Texte, um die Einheit der Habsburgermonarchie zu beschwören, um den Kampfgeist zu stärken oder den Feind zu verdammen: „Vor allem schrieben sie dem Krieg seine eigene spezifische Sinnhaftigkeit zu. Diese Sinnfindung war für Zivilbevölkerung und Militär gleichermaßen wichtig, um die Dauer der Kriegszeit – hatte man doch mit nur wenigen Wochen gerechnet – überhaupt zu überstehen.“

Zu des Kaisers Literaten zählten: Hugo von Hofmannsthal, Franz Werfel, Egon Erwin Kisch und Robert Musil. Im Kriegsarchiv leisten Franz Karl Ginzkey, Stefan Zweig, Felix Salten und Rainer Maria Rilke Dienst mit der Feder: „Die literarischen Beiträge strotzten die Jahre über von sprachlichen Klischees und weltanschaulichen Stereotypen. Die Schreiber beschworen die Trias von Gott, Kaiser und Vaterland, für die es galt heldenhaft zu kämpfen und wenn nötig, den Heldentod zu erleiden.“

Die Germanistin Elisabeth Buxbaum legt zu diesem noch wenig erforschten Gebiet die Ergebnisse ihrer mehrjährigen Recherchen vor und gewährt Einblicke in die Arbeit und das Leben dieser Schriftsteller „an der Front“. Anhand einer Fülle von Texten macht sie die Tragödie eindringlich sichtbar.

Zur Autorin:

Elisabeth Buxbaum, geboren in Wien; Dr. phil., Studium der Geschichte und Germanistik; Arbeiten im Bereich der österreichischen Literatur des 19. Jahrhunderts wie Joseph Schreyvogel oder Adalbert Stifter und zum Thema „Goethe und Österreich“ mit der Gestaltung der gleichnamigen Ausstellung 1999 in der Österreichischen Nationalbibliothek. In der Edition Steinbauer bereits erschienen: Veronika, der Lenz ist da. Walter Jurmann (2006) sowie Transit Shanghai – Ein Leben im Exil. (2008).

